

Antragsnr.	Antragsteller*in	Änderung	Verfahren
L-01-008	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 06.03.2019)	Von Zeile 8 bis 9 einfügen: Menschen aus aller Welt. Ob Berliner*innen der 1. bis X-ten Generation, Ein- <u>oder Mehr</u> -Eltern-Familien, Menschen mit <u>und ohne</u> Behinderung, Gläubige oder Nichtgläubige, LSBTIQ*, Schwarze Menschen oder	mod Ü: Ersetze in Zeile 8 und 9: "..., Ein-Eltern-Familien oder Familien mit mehr Eltern, Menschen mit Behinderung oder Menschen ohne Behinderung, ..."
L-01-010	Vasile Marian Luca (Bunt-Grün)	Von Zeile 10 bis 11: People of Color, <u>anerkannte Minderheiten</u> , Kinder, Jugendliche und alte Menschen: Sie alle wollen hier nach ihrer Fasson glücklich werden <u>gleichberechtigt leben</u> .	mod Ü nach Zeile 9: " ..., Schwarze Menschen, People of Color, Sintize* und Romnja*, Kinder, Jugendliche und alte Menschen: ..."
L-01-014	Qusay Amer (Bunt-Grün)	In Zeile 14: gestalten, in der die unterschiedlichen Lebensentwürfe friedlich und anregend nebeneinander <u>neben- und miteinander</u>	Übernahme
L-01-015	Vasile Marian Luca (Bunt-Grün)	In Zeile 15 einfügen: bestehen können, ohne sich gegenseitig auszugrenzen. Gelingen kann uns das, wenn wir Zivilcourage zeigen und	Übernahme
L-01-021	Lilian Seffer (Bunt-Grün)	Von Zeile 21 bis 22: in Vielfalt. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir <u>sowohl</u> vehement gegen unterdrückerische, ausgrenzende und diskriminierende Strukturen eder <u>als auch</u> (Denk-) Systeme vorgehen. Um es deutlich	Übernahme
L-01-025	AG Kinder, Jugend und Familie	In Zeile 25 einfügen: Wir brauchen klare Position für vielfältige, <u>inklusive</u> , nicht diskriminierende, antirassistische,	Übernahme

L-01-025-2	Lilian Seffer (Bunt-Grün)	<p>In Zeile 25:</p> <p>Wir brauchen klare Position für vielfältige, nicht-diskriminierende <u>diskriminierungsfreie</u>, antirassistische,</p>	Übernahme
L-01-025-3	Dr. Bahar Haghanipour (Bunt-Grün)	<p>In Zeile 25 einfügen:</p> <p>Wir brauchen klare Position für vielfältige, nicht diskriminierende, antirassistische, <u>feministische</u>.</p>	Übernahme
L-01-026	Christoph Wapler und Bernd Schwarz	<p>Von Zeile 26 bis 28:</p> <p>empowernde und offene Strukturen, Gesetze und gesellschaftliche Normen. Voltaire hat einmal gesagt: „Ich verachte Ihre Meinung, aber ich gäbe mein Leben dafür, dass Sie sie sagen dürfen.“ Was Voltaire für die Meinungsfreiheit zusammengefasst hat, <u>Die Biografin Evelyn Beatrice Hall fasste die zahlreichen Äußerungen Voltaires zur Meinungsfreiheit im bekannten Zitat zusammen: „Ich verachte Ihre Meinung, aber ich gäbe mein Leben dafür, dass Sie sie sagen dürfen.“ Dieser Satz gilt analog auch für die</u></p>	erledigt durch L-01-026-2
L-01-026-2	Lilian Seffer (Bunt-Grün)	<p>Von Zeile 26 bis 29:</p> <p>empowernde und offene Strukturen, Gesetze und gesellschaftliche Normen. Voltaire hat einmal gesagt: „Ich verachte Ihre Meinung, aber ich gäbe mein Leben dafür, dass Sie sie sagen dürfen.“ Was Voltaire für die Meinungsfreiheit zusammengefasst hat, <u>gilt analog auch für die Vielfalt der Lebensentwürfe—Audre Lorde hat einmal gesagt: „Es sind nicht unsere Unterschiede, die uns trennen. Es ist unsere Unfähigkeit, diese Unterschiede zu erkennen, zu akzeptieren und zu feiern.“ Wie Audre Lorde schon dafür plädiert hat, so setzen auch wir uns für die Anerkennung und die Wertschätzung von Vielfalt der Lebensentwürfe ein—</u> solange diese Lebensentwürfe nicht selbst unterdrückerisch,</p>	Übernahme

L-01-032	Vasile Marian Luca (Bunt-Grün)	<p>Von Zeile 32 bis 40:</p> <p>Es gibt zwar eine Dominanzgesellschaft, aber... im Kern eines jeden demokratischen Rechtsstaats verankert sein muss.</p> <p><u>Wir wollen das Bewusstsein für die Existenz von Intersektionalitäten und Mehrfachzugehörigkeiten in unserem politischen Handeln verankern und sicherstellen, dass Antidiskriminierungs-, Gleichberechtigungs- und Empowermentpolitik keine Minderheiten- und keine Nischenpolitik ist, sondern im Kern eines jeden demokratischen Rechtsstaats verankert sein muss.</u></p>	<p>mod U: Ersetze Zeile 32 bis 40 durch: "Es gibt zwar eine Dominanzgesellschaft, aber das ist keine Mehrheitsgesellschaft, denn die Mehrheit der Menschen gehört in einer oder mehreren Hinsichten einer marginalisierten Gruppe an. Wir wollen das Bewusstsein für die Existenz von Intersektionalitäten und Mehrfachzugehörigkeiten in unserem politischen Handeln verankern und sicherstellen, dass Antidiskriminierung, Gleichberechtigung, Inklusion und Empowerment keine Minderheiten- und keine Nischenpolitik sind, sondern im Kern eines jeden demokratischen Rechtsstaats verankert sein müssen."</p>
L-01-034	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 06.03.2019)	<p>In Zeile 34:</p> <p>an: als gläubig, als jung oder als hochbetagt, als Mensch mit körperlichen <u>Behinderungen oder gesundheitlichen</u></p>	erledigt durch L-01-032
L-01-034-2	Tabea Schoch, Daniel Rottke, Jana Friedrichsen, Lutz Weischer, Sebastian Walter, Wolfgang Höckh, Manuela Semmler, Juliane Braun (KV Tempelhof)	<p>Von Zeile 34 bis 36 löschen:</p> <p>an: als gläubig, als jung oder als hochbetagt, als Mensch mit körperlichen Beeinträchtigungen, als ehemaliger Dorfbewohner in einer Großstadt, als Großstädterin auf dem Land, als fett oder dünn, als arbeitslos oder als hochbegabt. Wir wollen das Bewusstsein</p>	erledigt durch L-01-032
L-01-035	Bernd Schwarz (AG Kinder, Jugend und Familie)	<p>Von Zeile 35 bis 36 löschen:</p> <p>Beeinträchtigungen, als ehemaliger Dorfbewohner in einer Großstadt, als Großstädterin auf dem Land, als fett oder dünn, als arbeitslos oder als hochbegabt. Wir wollen das Bewusstsein</p>	erledigt durch L-01-032

L-01-035-2	Bernd Schwarz (AG Kinder, Jugend und Familie)	<p>Von Zeile 35 bis 36:</p> <p>Beeinträchtigungen, als ehemaliger-Dorfbewohner<u>ehemalige*r Dorfbewohner*in</u> in einer Großstadt, als Großstädterin auf dem Land, als fett oder dünn mit zugeschriebenem<u>Migrationshintergrund</u>, als arbeitslos oder als hochbegabt. Wir wollen das Bewusstsein</p>	erledigt durch L-01-032
L-01-041	Lilian Seffer (Bunt-Grün)	<p>Von Zeile 41 bis 43:</p> <p>Jede*r aber hat ... in jeder Hinsicht mit dem der meisten anderen deckt<u>Berliner*innen leben eine Vielzahl von Lebensentwürfen</u>. Deshalb ist eine Politik, die sich Artikel 2 („<u>Freie Entfaltung der Persönlichkeit</u>“) des Grundgesetzes verschreibt, keine Politik</p> <p>In Zeile 46 einfügen:</p> <p>Gleichheitsgrundsatz und die Minderheitenrechte. Sie garantiert <u>gleichberechtigte</u> Teilhabe und ist somit eine</p>	Übernahme

L-01-100	Daniel Wesener und Sebastian Walter (KV Friedrichshai n-Kreuzberg und KV Tempelhof- Schöneberg)	<p>Von Zeile 100 bis 104:</p> <p>eigenen Lebensrealität im öffentlichen Diskurs. Daher auszubauen. <u>Daher fordern wir, dass sich die Diversität der Stadtgesellschaft stärker als bisher in der Erinnerungskultur und in der Arbeit der Berliner Kultur- und Bildungseinrichtungen widerspiegelt. Menschen mit Migrationsgeschichte sind auch in diesem Bereich deutlich unterrepräsentiert. Das gilt insbesondere für Intendanten, Aufsichtsgremien und andere Leitungsfunktionen, aber auch bei ganzen Ensembles und ihren Spielplänen. Ähnlich verhält es sich in der kulturellen Projektförderung, in der die künstlerische Arbeit von, für und mit Menschen mit Migrationsgeschichte hinter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung zurückbleibt. Das wollen wir ändern, indem wir gezielte Anreize für die interkulturelle Öffnung und Diversitätsentwicklung öffentlicher Kultureinrichtungen schaffen, wie es etwa New York mit seinem „Cultural Plan“ vormacht. Dazu gehört auch die Einrichtung eines Diversitätsfonds, wie er im Koalitionsvertrag vereinbart, aber bislang nicht umgesetzt wurde. Denn die Erfahrungen, international wie hierzulande, zeigen: Ein Publikum und die kulturelle Teilhabe einer Bevölkerung sind immer nur so divers, wie die jeweilige Kulturinstitution und ihre Programme bzw. Angebote.</u></p> <p><u>Lange Zeit waren die deutsche Kolonialvergangenheit, ihre Verbrechen und langfristigen Folgen ein blinder Fleck in der kollektiven Erinnerung unserer Gesellschaft. Das beginnt sich gerade zu ändern, auch dank der Debatten über die Restitution von Artefakten und menschlichen Gebeinen aus kolonialen Unrechtskontexten, die sich immer noch zu zig Tausenden in musealen Sammlungen und Depots hierzulande befinden. Wir unterstützen Forderungen nach deren Rückgabe an die</u></p>	<p>mod U: Ersetze Zeile 100 bis 104 durch:</p> <p>"Daher fordern wir, dass sich die Diversität der Stadtgesellschaft stärker als bisher in der Erinnerungskultur und in der Arbeit der Berliner Kultur- und Bildungseinrichtungen widerspiegelt. Das gilt insbesondere für Intendanten, Aufsichtsgremien und andere Leitungsfunktionen, aber auch bei ganzen Ensembles und ihren Spielplänen. Ähnlich verhält es sich in der kulturellen Projektförderung, in der die künstlerische Arbeit von, für und mit Menschen mit Migrationsgeschichte, POC und Schwarze Menschen hinter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung zurückbleibt. Das wollen wir ändern, indem wir gezielte Anreize für die Diversitätsentwicklung öffentlicher Kultureinrichtungen schaffen, wie es etwa New York mit seinem „Cultural Plan“ vormacht. Dazu gehört auch die Einrichtung eines Diversitätsfonds, wie er im Koalitionsvertrag vereinbart, aber bislang nicht umgesetzt wurde.</p> <p>Lange Zeit wurde die deutsche Kolonialvergangenheit, ihre Verbrechen und langfristigen Folgen ignoriert, verschwiegen und ausgeblendet. Das beginnt sich gerade zu ändern, auch dank der Debatten über die Restitution von Artefakten und menschlichen Gebeinen aus kolonialen Unrechtskontexten, die sich immer noch zu zig Tausenden in musealen Sammlungen und Depots hierzulande befinden. Wir unterstützen Forderungen nach deren Rückgabe an die Herkunftsgesellschaften – und die Beweislastumkehr zugunsten der Nachfahren und Rechtsnachfolger in den ehemaligen deutschen Kolonien. Wir fordern deshalb die komplette Offenlegung fraglicher Museumsbestände und eine systematische Erforschung von deren Herkunfts- und Besitzgeschichte (Provenienz). Wir wollen, dass Berlin vorangeht, etwa indem wir endlich die rechtlichen Voraussetzungen für die Restitution von Kulturgütern in der Landeshaushaltsordnung schaffen.</p> <p>Eine postkoloniale Erinnerungskultur, die ihren Namen verdient, umfasst allerdings sehr viel mehr, als die Rückgabe einzelner Objekte an ihre rechtmäßigen Besitzer*innen. Wir wollen eine echte Dekolonisierung Berlins im Sinne eines umfassenden, gesamtstädtischen Erinnerungskonzepts. Dazu gehört zuvörderst der Dialog mit den Nachfahren der Kolonisierten im Sinne einer geteilten, gemeinsamen Geschichte, aber auch mit den zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen in unserer Stadt, die aktiv sind. Die postkoloniale Aufarbeitung und Erinnerungsarbeit muss neben dem Kulturbereich die Themen Wissenschaft und schulische Bildung, Städtepartnerschaften und internationale Verantwortung, den Umgang mit dem öffentlichen Raum (etwa im Zusammenhang mit Straßenumbenennungen), oder Diskriminierung und Rassismus in unserer heutigen Gesellschaft als Nachwirkungen des Kolonialismus umfassen. Auch deshalb setzen wir uns für eine zentrale Gedenkstätte an die Opfer der deutschen Kolonialverbrechen und einen entsprechenden Bildungsort in Berlin ein."</p>
L-01-103	Deniz Yıldırım (Bunt-Grün)	<p>In Zeile 103:</p> <p>befähigt <u>und angehalten</u> werden, ihr Angebot für und die Mitarbeit von Menschen mit Migrationsgeschichte <u>familiärer Migrationsgeschichte, Schwarzen Menschen und People of Colour</u></p>	Übernahme

L-01-105	Qusay Amer (Bunt-Grün)	<p>Von Zeile 105 bis 106 löschen:</p> <p>Nicht erst 2015 sind viele Menschen nach Berlin geflohen. Viele Stadtteile sind geprägt durch Menschen aus dem arabischen Raum. Aber das Jahr 2015 hat vieles in Bewegung gebracht:</p>	mod Ü: Ersetze Zeile 105 bis 106 durch: "Nicht erst jetzt sind viele Menschen nach Berlin geflohen und emigriert. Die Geschichte von Berlin zeigt, dass Menschen mit Migrationsgeschichte die Stadt auch in Vergangenheit geprägt und bereichert haben."
L-01-138	Deniz Yildirim (Bunt-Grün)	<p>In Zeile 138 einfügen:</p> <p>kulturellen Leben zu ermöglichen. <u>Um von der Konsultationsphase ins Handeln zu kommen, wollen wir uns als erstes Bundesland für einen Aktionsplan für die Rechte und Teilhabe Schwarzer Menschen einsetzen und ein Schwarzes Familien-, Jugend und Communityzentrum anstoßen.</u></p>	mod Ü: füge nach Zeile 277 ein: "Im Rahmen der „UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“ hat unsere grüne Senatsverwaltung für Antidiskriminierung einen umfassenden Konsultationsprozess durchgeführt. Dessen Ergebnisse sollen nun in einen ressortübergreifenden Aktionsplan für die Teilhabe Schwarzer Menschen und gegen Anti-Schwarzen Rassismus münden. Berlin wäre damit deutschlandweit Vorreiterin. Dabei wollen wir auch Community-Strukturen dauerhaft und gezielt stärken, dies könnten eine empowernde Familien- und Jugendberatung für und von Schwarze Menschen sowie ein Schwarzes Communityzentrum sein."
L-01-138-2	Deniz Yildirim (Bunt-Grün)	<p>In Zeile 138 einfügen:</p> <p>kulturellen Leben zu ermöglichen. <u>Um von der Konsultationsphase ins Handeln zu kommen, wollen wir uns als erstes Bundesland für einen Aktionsplan für die Rechte und Teilhabe Schwarzer Menschen einsetzen und ein Schwarzes Familien-, Jugend und Communityzentrum anstoßen.</u></p>	erledigt durch L-01-138
L-01-139	Filiz Keküllüoğlu (Bunt-Grün)	<p>In Zeile 139 einfügen:</p> <p>Teilhabe ermöglichen <u>und Inklusion gestalten</u></p>	mod Ü: Ersetze Zeile 139 durch: "Teilhabe ermöglichen - Inklusion gestalten"

L-01-139-2	Filiz Keküllüoğlu (Bunt-Grün)	<p>Von Zeile 139 bis 147:</p> <p><u>Wir wollen eine inklusive Gesellschaft bauen, in der alle Menschen ein Recht auf Teilhabe in allen gesellschaftlichen Teilbereichen haben und Konflikte auf Augenhöhe miteinander aushandeln. Es ist Aufgabe der Politik, strukturelle und materielle Hürden und Diskriminierung aus dem Weg zu räumen, die eine solche gleichberechtigte Teilhabe verhindern. Diese Politik umfasst u.a. Wahlrecht, Wohnen und den Zugang zum Arbeitsmarkt:</u></p> <p>Vor kurzem hat das Verfassungsgericht klargestellt: Menschen mit Beeinträchtigungen dürfen nicht einfach vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. Sie sind Teil der Gesellschaft, wie alle anderen auch. Das ist ein großer Schritt voran in Richtung inklusiver Gesellschaft, wie die UN-Behindertenrechtskonvention sie fordert. Wir wollen in diesem Sinne eine inklusive Gesellschaft bauen, in der alle Menschen ein Recht auf Teilhabe in allen gesellschaftlichen Teilbereichen haben und Konflikte auf Augenhöhe miteinander aushandeln, unabhängig davon, woher sie selbst oder ihre Eltern kommen und wie lange sie schon hier leben. Alle Berliner*innen sind #vonhier.</p> <p><u>Wahlrecht: Vor kurzem hat das Verfassungsgericht klargestellt: Menschen mit Beeinträchtigungen dürfen nicht einfach vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. Sie sind Teil der Gesellschaft, wie alle anderen auch. Das ist ein großer Schritt voran in Richtung inklusiver Gesellschaft, wie die UN-Behindertenrechtskonvention sie fordert. Wir sind in Berlin in der rot-rot-grünen Koalition beim inklusiven Wahlrecht bereits vorangegangen. Ein weiterer Schritt muss endlich das Wahlrecht für alle auf der kommunalen und auf der Landesebene sein. Denn unabhängig davon, woher sie selbst</u></p>	<p>mod Ü: Ersetze Zeile 140 - 159 durch:</p> <p>"Wir wollen eine inklusive Gesellschaft bauen, in der alle Menschen ein Recht auf Teilhabe in allen gesellschaftlichen Teilbereichen haben und Konflikte auf Augenhöhe miteinander aushandeln. Es ist Aufgabe der Politik, strukturelle und materielle Hürden und Diskriminierung aus dem Weg zu räumen, die eine solche gleichberechtigte Teilhabe verhindern. Diese Politik umfasst u.a. Wahlrecht, Wohnen und den Zugang zum Arbeitsmarkt.</p> <p>Vor kurzem hat das Verfassungsgericht klargestellt: Menschen mit Beeinträchtigungen dürfen nicht einfach vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. Sie sind Teil der Gesellschaft, wie alle anderen auch. Das ist ein weiterer Schritt voran in Richtung inklusiver Gesellschaft, wie die UN-Behindertenrechtskonvention sie fordert. Wir sind in Berlin in der rot-rot-grünen Koalition beim inklusiven Wahlrecht bereits vorangegangen. Ein weiterer Schritt muss endlich das Wahlrecht für alle auf der kommunalen und auf der Landesebene sein. Denn unabhängig davon, woher sie selbst oder ihre Eltern kommen und wie lange sie schon hier leben. Alle Berliner*innen sind #vonhier und haben das Recht auf politische Mitbestimmung.</p> <p>Inklusives Leben muss überall in unserer Stadt gelebt werden und wir stellen uns der Verdrängung aus den Kiezen mit aller Kraft entgegen. Wir wollen keine Unterkünfte nur für Geflüchtete bauen, sondern wollen gemeinsames Wohnen von Anfang an ermöglichen. Und aus demselben Grund müssen Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt über Ort und Art des inklusiven Wohnens entscheiden können und die individuelle Unterstützung erhalten, die sie brauchen und wollen, egal ob Apartment, Wohngemeinschaft oder Wohngruppen.</p> <p>Wir wollen auch zum Arbeitsmarkt einen inklusiven Zugang und ein faires, diskriminierungsfreies Bewerbungsverfahren.</p> <p>Abstimmung über Streichung des folgenden Absatzes dieser mod.Ü. (mit Bezug auf L-01-156-3): Dazu gehören beispielsweise digitale Lösungen für anonyme Bewerbungen: So können jeweils die Merkmale ausgeblendet werden, die ein faires, diskriminierungsfreies Bewerbungsverfahren verhindern: Das kann die Namens- und Altersangabe sein, sowie Angaben, die Hinweise auf eine Beeinträchtigung geben. In jedem Fall muss die Abbildung der Person entfallen, da ein Foto Annahmen hinsichtlich fast aller im AGG genannten Diskriminierungsmerkmale ermöglicht und weitere Diskriminierungsformen, wie beispielsweise Gewichtsdiskriminierung, hier wirksam sind.</p>
L-01-142	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 06.03.2019)	<p>In Zeile 142:</p> <p>anderen auch. Das ist ein großer<u>weiterer</u> Schritt voran in Richtung inklusiver Gesellschaft, wie die</p>	<p>erledigt durch L-01-139-2</p>

L-01-148	Thomas Kowalczyk und Bernd Schwarz (KV Charlottenburg-Wilmersdorf bzw. AG Kinder, Jugend und Familie)	<p>Von Zeile 148 bis 151:</p> <p>So verstehen wir auch Integration <u>und Inklusion</u>: als Teilhabe aller an der Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Politik, Hürden und Diskriminierung aus dem Weg zu räumen, die eine solche gleichberechtigte Teilhabe verhindern – nicht nur für Geflüchtete oder zugewanderte Menschen, sondern für alle, deren Recht auf Teilhabe durch strukturelle und materielle</p> <p>Von Zeile 154 bis 155:</p> <p>gehören Einrichtungen müssen alle Wohnformen für Schwerbehinderte nicht an den Rand der Stadt, sondern mitten hinein <u>Menschen mit Behinderungen in die Kieze unserer Stadt und in unseren Kiezen Platz finden, vom Apartment, der Wohngemeinschaft bis zur Wohneinrichtung für Menschen mit schweren Behinderungen - mit der festen Zielstellung, dass alle Menschen selbstbestimmt über Ort und Art inklusiven Wohnens entscheiden können.</u></p>	erledigt durch L-01-139-2
----------	---	--	---------------------------

L-01-148-2	Filiz Keküllüoğlu (Bunt-Grün)	<p>Von Zeile 148 bis 155:</p> <p>So verstehen wir auch Integration: als Teilhabe aller an der Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Politik, Hürden und Diskriminierung aus dem Weg zu räumen, die eine solche gleichberechtigte Teilhabe verhindern — nicht nur für Geflüchtete oder zugewanderte Menschen, sondern für alle, deren Recht auf Teilhabe durch strukturelle und materielle Hürden beeinträchtigt wird. Deshalb wollen wir keine Unterkünfte nur für Geflüchtete mehr bauen, sondern wollen gemeinsames Wohnen von Anfang an ermöglichen. Und aus demselben Grund gehören Einrichtungen für Schwerbehinderte nicht an den Rand der Stadt, sondern mitten hinein in die Kieze.</p> <p><u>2. Gemeinsames Wohnen: Wir wollen keine Unterkünfte nur für Geflüchtete bauen, sondern wollen gemeinsames Wohnen von Anfang an ermöglichen. Und aus demselben Grund gehören Einrichtungen für Schwerbehinderte nicht an den Rand der Stadt, sondern auch mitten hinein in die Kieze.</u></p>	erledigt durch L-01-139-2
L-01-148-3	Paul Meyer-Dunker, Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)	<p>In Zeile 148:</p> <p>So Denn so verstehen wir auch Integration <u>Inklusion</u>: als Teilhabe aller an der Gesellschaft. Es ist Aufgabe</p>	erledigt durch L-01-139-2
L-01-153	Tilo Fuchs (Berlin-Mitte KV)	<p>Von Zeile 153 bis 155:</p> <p>bauen, sondern wollen gemeinsames Wohnen von Anfang an ermöglichen. Und aus dem <u>[Leerzeichen]</u>selben Grund gehören Einrichtungen für Schwerbehinderte <u>Menschen mit Behinderung, die auf Unterstützung angewiesen sind</u>, nicht an den <u>in Einrichtungen am</u> Rand der Stadt, sondern mitten hinein in die Kieze. <u>Dort sollen sie, nach ihren Wünschen, allein in Wohnungen, in Wohngemeinschaften oder Wohngruppen leben und die Unterstützung bekommen, die sie brauchen.</u></p>	erledigt durch L-01-139-2

L-01-156	Julia Dittmann (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Von Zeile 156 bis 159:</p> <p>Wir wollen digitale Lösungen für anonyme Bewerbungen: So können jeweils die Merkmale ausgeblendet werden, die ein faires, diskriminierungsfreies Bewerbungsverfahren verhindern: Das kann der Name sein, es kann aber auch das Alter, Gewichtsdiskriminierungen oder der Hinweis <u>die Namens- und Altersangabe sein sowie Angaben, die Hinweise auf eine Beeinträchtigung sein</u> <u>geben. In jedem Fall muss die Abbildung der Person entfallen, da ein Foto Annahmen hinsichtlich fast aller im AGG genannten Diskriminierungsmerkmale ermöglicht und weitere Diskriminierungsformen, wie beispielsweise Gewichtsdiskriminierung, hier wirksam sind.</u></p>	erledigt durch L-01-139-2
L-01-156-2	Sebastian Walter (KV Tempelhof-Schöneberg)	<p>In Zeile 156:</p> <p>Wir wollen <u>insbesondere bei der Einstellung ist es wichtig, neue Wege für inklusive Bewerbungsverfahren zu beschreiten. Dazu gehören beispielsweise</u> digitale Lösungen für anonyme Bewerbungen: So können jeweils die Merkmale</p>	erledigt durch L-01-139-2
L-01-156-3	Filiz Keküllüoğlu (Bunt-Grün)	<p>Von Zeile 156 bis 159:</p> <p>Wir wollen digitale Lösungen für anonyme Bewerbungen: So können jeweils die Merkmale ausgeblendet werden, die ein faires, diskriminierungsfreies Bewerbungsverfahren verhindern: Das kann der Name sein, es kann aber auch das Alter, Gewichtsdiskriminierungen oder der Hinweis auf eine Beeinträchtigung sein.</p> <p><u>3. Arbeitsmarkt: Wir wollen einen inklusiven Zugang zum Arbeitsmarkt und ein faires, diskriminierungsfreies Bewerbungsverfahren.</u></p>	erledigt durch L-01-139-2

L-01-160	Filiz Keküllüoğlu (Bunt-Grün)	<p>Von Zeile 160 bis 163:</p> <p>Wir sind in Berlin in der rot-rot-grünen Koalition beim inklusiven Wahlrecht bereits vorangegangen. Der nächste Schritt muss endlich das kommunale Wahlrecht sein. Für geflüchtete Menschen ist das Aufenthaltsrecht die größte Hürde. Für uns gilt: Wer etwas lernen und arbeiten will, soll bleiben können. Für geflüchtete Menschen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt noch immer vom Aufenthaltsrecht abhängig. Das ist alles andere als fair. Deshalb haben wir auf Bundesebene ein eigenes</p>	<p>mod Ü: Ersetze Zeile 160 bis 163 durch: "Für geflüchtete Menschen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt noch immer vom Aufenthaltsstatus abhängig. Das ist alles andere als fair. "</p>
L-01-173	Jan Fährmann (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Von Zeile 173 bis 175:</p> <p>Schutz und Ausbau der Bürger*innenrechte ein zentrales Ziel. Dabei wird die Stärkung der Berliner Polizeibehörde nicht nur durch eine Erweiterung der Befugnisse erreicht, sondern auch durch den Aufbau des Vertrauens aller Berliner*innen in die Behörde. <u>Freiheitsrechte ein zentrales Ziel. Wir wollen die Berliner Polizeibehörde nicht nur durch eine bessere Ausstattung und angemessene Arbeitsbedingung stärken, sondern insbesondere Maßnahmen ergreifen, die helfen, das Vertrauen der Bürger*innen in die Behörde auszubauen, da so Konflikte zwischen Bürger*innen und Polizei effektiv verringert werden können. Wir setzen uns für eine bürger*innennahe Polizei ein, die den Schutz der Grundrechte aller Menschen sicherstellt und gleichzeitig offen mit eigenem Fehlverhalten umgeht.</u></p>	<p>mod Ü: Ersetze Zeile 173 bis 175 durch: "... Schutz und Ausbau der Bürger*innen- und Freiheitsrechte ein zentrales Ziel. Wir wollen die Berliner Polizeibehörde nicht nur durch eine bessere Ausstattung und angemessene Arbeitsbedingung stärken, sondern insbesondere Maßnahmen ergreifen, die helfen, das Vertrauen der Bürger*innen in die Behörde auszubauen, da so Konflikte zwischen Bürger*innen und Polizei effektiv verringert werden können. Wir setzen uns für eine bürger*innennahe Polizei ein, die den Schutz der Grundrechte aller Menschen sicherstellt und gleichzeitig offen mit eigenem Fehlverhalten umgeht."</p>

L-01-175	Jan Fährmann (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Nach Zeile 175 einfügen:</p> <p><u>Es kommt immer wieder vor, dass polizeiliche und ordnungsamtliche Kontrollen nicht aufgrund von Verdachtsmomenten erfolgen, sondern überwiegend aufgrund bestimmter körperlicher Merkmale einer Person – wie etwa der Hautfarbe – (Racial Profiling). Besonders häufig sind hiervon People of Colour (PoC), Roma, türkei- und arabischstämmige Menschen (bzw. die, die diese Zuschreibungen erfahren) betroffen. Diese Praxis verstößt gegen das Grundgesetz, wie bereits mehrfach obergerichtlich festgestellt wurde</u></p>	<p>mod U: Ersetze Zeile 176 - 181 durch: "Es kommt immer wieder vor, dass polizeiliche und ordnungsamtliche Kontrollen nicht aufgrund von Verdachtsmomenten erfolgen, sondern überwiegend aufgrund bestimmter körperlicher Merkmale einer Person – wie etwa der Hautfarbe – (Racial Profiling). Besonders häufig sind hiervon People of Colour (PoC), Romnja*, türkei- und arabischstämmige Menschen (bzw. die, die diese Zuschreibungen erfahren) betroffen. Diese Praxis verstößt gegen das Grundgesetz, wie bereits mehrfach obergerichtlich festgestellt wurde."</p>
L-01-182	Sebastian Weise (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p>In Zeile 182:</p> <p>Daher fordern Bündnis 90/Die Grünen, dass im <u>ASOG Allgemeinem Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG)</u> ein ausdrückliches Verbot von „Racial</p>	Übernahme
L-01-182-2	Jan Fährmann (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Von Zeile 182 bis 184:</p> <p>Daher fordern Bündnis 90/Die Grünen, dass im ASOG ein ausdrückliches Verbot von „Racial Profiling“ verankert wird. Gleichwohl ist uns bewusst, dass dies nicht genügen wird, um ein faktisches Verbot von „Racial Profiling“ in Berlin tatsächlich durchzusetzen. Hierfür ist <u>Profiling“ verankert wird. Anlasslose Grundrechtseingriffe und verdachtsunabhängige Kontrollen durch die Polizei lehnen wir ab, da diese Tür und Tor für Maßnahmen öffnen, die von Vorurteilen geprägt sind. Außerdem fordern wir ein Recht der Bürger*innen direkt nach polizeilichen Kontrollen eine Bescheinigung über die Kontrollen zu fordern, in denen Ort, Zeit und der Grund der Kontrolle sowie Dienstnummer der durchführenden Beamt innen festgehalten ist. Eine solche „Quittung“ hat sich in vielen Ländern als wirksames Mittel gegen Racial Profiling erwiesen. Außerdem ist es</u></p>	Übernahme

L-01-203	LAG Säkulare Grüne Berlin (beschlossen am: 28.03.2019)	Von Zeile 203 bis 205 löschen: erhalten bei gleicher Leistung schlechtere Noten und seltener eine Gymnasialempfehlung. Musliminnen mit Kopftuch bleibt der gleichberechtigte Zugang zu Ausbildung und Arbeitsmarkt verwehrt. Trans* Personen sind überdurchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit und	zurückgezogen
L-01-214	Deniz Yildirim (Bunt-Grün)	In Zeile 214 einfügen: Organisationsuntersuchungen zum Einsatz kommen <u>und von Leitungspersonen getragen werden</u> . Staatliche Einrichtungen müssen sich	Übernahme
L-01-225	Julia Dittmann (Berlin- Kreisfrei KV)	In Zeile 225: noch ein weiter Weg zu gehen in . <u>Dazu gehört auch, Formen von Vielfalt mitzudenken und zu kommunizieren, die bisher noch keine Betrachtung finden, wie beispielsweise Gewichtsvielfalt.</u> <u>n</u> dieser Legislaturperiode wollen wir aber die	mod Ü: Füge nach Zeile 224 ein: "Dazu gehört auch, Formen von Vielfalt mitzudenken und zu kommunizieren, die bisher noch keine Betrachtung finden, wie beispielsweise Gewichtsvielfalt."
L-01-233	Sebastian Walter (KV Tempelhof- Schöneberg)	In Zeile 233 einfügen: die strukturell diskriminiert werden, mit privilegierten Gruppen gleichzustellen. <u>Wir halten zudem daran fest: Der Begriff der „Rasse“ muss endlich aus Artikel 10 der Berliner Landesverfassung und weiteren landesrechtlichen Regelungen gestrichen und zugunsten eines Schutzes vor Diskriminierung aufgrund rassistischer Zuschreibung ersetzt werden.</u>	Übernahme

L-01-236	Vasile Marian Luca (Bunt-Grün)	<p>In Zeile 236 einfügen: nachhaltige <u>strukturelle</u> Finanzierung. Denn oft sind gerade sie es die Innovation und nachhaltige Effekte</p> <p>Von Zeile 239 bis 240: Organisationen – mit öffentlichen Mitteln, die am Subsidiaritätsprinzip ausgerichtet ist, denn. <u>Denn</u> wir sehen, dass die Feststellung von Problemen und Bedarfen in diesen Organisationen</p> <p>In Zeile 244: angewiesen. Wo immer möglich sollte von der erProjektförderung auf Leistungsverträge</p>	<p>mod U:</p> <p>Füge ein in Zeile 236: ".. nachhaltige Finanzierung. Denn oft sind gerade sie es die Innovation und nachhaltige Effekte.."</p> <p>Ersetze Zeile 237 bis 241 durch: "Wir wollen - dem Subsidiaritätsprinzip folgend - eine Förderung von Organisationen der Zivilgesellschaft mit öffentlichen Mitteln, insbesondere von Migrant*innenselbstorganisationen und Neuen Deutschen Organisationen, denn wir sehen, dass die Feststellung von Problemen und Bedarfen in diesen Organisationen schneller und fachgerechter geschieht als in Politik und Verwaltung."</p> <p>In Zeile 244: "...angewiesen. Wo immer möglich sollte von der Projektförderung auf Leistungsverträge..."</p>
L-01-245	Sebastian Walter und Susanna Kahlefeld (KV Tempelhof-Schöneberg und KV Neukölln)	<p>In Zeile 245 einfügen: umgestellt werden.</p> <p><u>Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist seit vielen Jahren an ökologische, soziale und Kriterien der Frauenförderung gekoppelt. Auch wenn Unernehmensverbände und die Oppositionsparteien daran öffentlich Kritik üben und eine angeblich unnötige Bürokratie beklagen, werden wir daran selbstverständlich auch bei der aktuellen Neufassung des Berliner Vergabegesetzes festhalten. Mehr noch: Grünes Ziel ist es, dass öffentliche Aufträge nur an Bieter*innen gehen, die nicht diskriminieren. Die Einhaltung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und entsprechend weiterer gesetzlicher Vorgaben sowie der damit verbundene Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligung aufgrund des Geschlechts, der Religion, einer Behinderung, des Alters, usw. ist vor der Vergabe schriftlich zu verankern. Diese Regelungen müssen aber nach ihrer Einführung auch auf ihre Wirksamkeit in der Praxis hin evaluiert und ggf. angepasst werden. Unser Ziel ist klar: Auftragnehmer*innen des Landes haben eine gesellschaftliche Verantwortung und müssen sich aktiv gegen Diskriminierung und Rassismus in ihren Reihen einsetzen. Öffentliches Geld gibt es nur für gute Arbeit!</u></p>	<p>mod U: Füge in Zeile 245 ein: "Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist seit vielen Jahren an ökologische, soziale und Kriterien der Frauenförderung gekoppelt. Wir werden daran selbstverständlich auch bei der aktuellen Neufassung des Berliner Vergabegesetzes festhalten. Gleichbehandlung und der Abbau von Diskriminierungen ist auch bei der Verwendung staatlicher Mittel erforderlich. Wer öffentliches Geld verwendet, darf nicht diskriminieren. Die Einhaltung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und entsprechend weiterer gesetzlicher Vorgaben sowie der damit verbundene Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligung aufgrund des Geschlechts, der Religion, einer Behinderung, des Alters, usw. ist deswegen zukünftig vor der Vergabe schriftlich zu vereinbaren."</p>

L-01-251	Filiz Keküllüoğlu (Bunt-Grün)	<p>In Zeile 251:</p> <p>Fachwissen der Zivilgesellschaft ein-zu-beziehungen<u>einzubezieh</u>en, sind Beiräte, deren Strukturen so gesetzt</p>	Übernahme
L-01-252	Filiz Keküllüoğlu (Bunt-Grün)	<p>In Zeile 252 einfügen:</p> <p>sind, dass sie tatsächliche Mitsprache erhalten und keine zahnlosen Verwaltungstiger sind. <u>Die Arbeit in den Beiräten muss strukturell gefördert werden.</u></p>	mod Ü: Füge in Zeile 252 ein: "Für die ehrenamtliche Mitarbeit in den Beiräten muss es eine angemessene Aufwandsentschädigung geben."
L-01-293	Julia Dittmann (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>In Zeile 293:</p> <p>Abhängigkeitsverhältnis befinden, rassistische, sexistische oder etwa, <u>den dicken Körper stigmatisierende oder</u></p>	Übernahme
L-01-323	Julia Dittmann (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>In Zeile 323 einfügen:</p> <p>alle Lehrkräfte und das Leitungspersonal obligatorisch werden. <u>Die Inhalte müssen sich dabei am realen Bedarf der Schulen orientieren und dürfen nicht auf die durch das AGG adressierten Formen von Diskriminierung begrenzt sein. Gewichtsdiskriminierung kommt an Schulen beispielsweise äußerst häufig vor, doch bisher gibt es hier keinen gesetzlichen Diskriminierungsschutz.</u> Auch das Schulmaterial ist im</p>	Übernahme

L-01-326	LAG-Sprechende Netzpolitik und Bernd Schwarz (Sprecher*innen-Team bzw. AG Kinder, Jugend und Familie)	<p>In Zeile 326 einfügen:</p> <p>fordern wir zur Unterstützung die Einrichtung einer Fachstelle für Intersektionale Bildung.</p> <p><u>Selbstbestimmt im digitalen Leben</u></p> <p><u>Das Internet ist nicht nur erweiterter Lebensraum für uns Menschen, sondern auch Austragungsort handfester wirtschaftlicher und politischer Interessen. Hasskommentare und Propaganda, Zensur und Fakenews, Tracker und intransparente Datenabschöpfung schränken die individuelle Freiheit ein und gefährden den demokratischen Grundkonsens. Algorithmen, KI und Social Bots prägen und beeinflussen Meinungsbilder. Ein gerechtes Netz bedeutet für uns auch, jede und jeden ausreichend und sinnvoll zum Beispiel vor Beleidigungen oder Desinformationen durch Lügen zu schützen.</u></p> <p><u>Wir erachten kreative Ausdrucksweisen und den freien Austausch in neuartigen Formen an sich für schützenswert. Wir verteidigen die Rechte der Bürger*innen, wir treten ein für Datenschutz und Netzfreiheit. Alle User*innen haben die Hoheit über ihre Daten und benötigen dazu Transparenz und Klarheit. Darauf und insbesondere die Rechte von Minderjährigen werden wir auch in Berlin bspw. bei der Einführung der elektronischen Akte achten und wollen die Serviceangebote der Verwaltung umfassend erweitern.</u></p> <p><u>Zeitgemäße schulische Bildung und Jugendarbeit, die mündige und selbstbestimmte Bürger*innen im digitalen Zeitalter als ein zentrales Bildungsziel ansieht, bedeutet für uns mehr als das</u></p>	<p>mod U: Füge nach Zeile 326 ein: "Selbstbestimmt im digitalen Leben</p> <p>Das Internet ist nicht nur erweiterter Lebensraum für uns Menschen, sondern auch Austragungsort handfester wirtschaftlicher und politischer Interessen. Hasskommentare und Propaganda, Zensur und Fakenews, Tracker und intransparente Datenabschöpfung schränken die individuelle Freiheit ein und gefährden den demokratischen Grundkonsens. Algorithmen, KI und Social Bots prägen und beeinflussen Meinungsbilder. Ein gerechtes Netz bedeutet für uns auch, jede und jeden ausreichend und sinnvoll zum Beispiel vor Beleidigungen oder Desinformationen durch Lügen zu schützen.</p> <p>Wir erachten kreative Ausdrucksweisen und den freien Austausch in neuartigen Formen an sich für schützenswert. Wir verteidigen die Rechte der Bürger*innen, wir treten ein für Datenschutz und Netzfreiheit. Alle User*innen haben die Hoheit über ihre Daten und benötigen dazu Transparenz und Klarheit. Darauf und insbesondere die Rechte von Minderjährigen werden wir auch in Berlin bspw. bei der Einführung der elektronischen Akte achten und wollen die Serviceangebote der Verwaltung umfassend erweitern.</p> <p>Zeitgemäße schulische Bildung und Jugendarbeit, die mündige und selbstbestimmte Bürger*innen im digitalen Zeitalter als ein zentrales Bildungsziel ansieht, bedeutet für uns mehr als das Schreiben von Quellcodes und das Whiteboard als Tafelersatz. Sie behandelt die Chancen internationaler Freundschaften, schneller Faktenchecks und datensicherer Messengerdienste ebenso wie die Risiken von Cybermobbing, Manipulation und Desinformation. Zeitgemäß ist für uns auch die Vereinsarbeit im eSport, die im regionalen wie weltweiten sportlichen Wettstreit Daten- und Jugendschutz achtet. Selbstbestimmtes Leben endet nicht an den Toren des www."</p>
----------	---	--	--

L-01-327	Georg Kössler	<p>Nach Zeile 327 einfügen:</p> <p><u>Was für uns heute selbstverständlich ist, musste früher hart erkämpft werden. Das vergessen wir nicht. Gerade Menschen mit schwul-lesbischen oder migrantischen Identitäten haben oft erst in den Berliner Freiräumen - teils in der Illegalität - Freiheit und Respekt erfahren. Viele junge Menschen erfahren in Jugendclubs das erste mal Anerkennung und Empowerment die sie zu selbstbewussten Bürger*innen machen. In unserer Gesellschaft müssen gewonnen Freiheiten verteidigt werden aber auch weiterhin für mehr Anerkennung und Recht für alle gekämpft werden. Auch deshalb gehören die existierenden und die zu erobernden Freiräume Berlins zur einzigartigen Kultur unserer Stadt und ihr Erhalt muss mehr politische Priorität bekommen.</u></p>	Übernahme
L-01-334	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 06.03.2019)	<p>In Zeile 334 einfügen:</p> <p>auf dem Land. <u>Wir setzen bei öffentlichen Neubauten wie im Wohnungsbau auf inklusive und zugleich familien- und generationengerechte Modelle, die flexibel und vielfältig nutzbar sind.</u> Auch in einer sich zunehmend verdichtenden Stadt ist es entscheidend, dass</p>	Übernahme
L-01-349	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 06.03.2019)	<p>In Zeile 349 einfügen:</p> <p>transparenter und damit nachvollziehbarer für alle Bewerber*innen machen. <u>Auch bei Nichtbedarf an öffentlicher Infrastruktur müssen Grundstücke und Bauten zudem dauerhaft im Eigentum des Landes Berlin bleiben.</u></p>	Übernahme

L-01-357 (Fortsetzung nächste Zeile)	Georg Kössler	<p>In Zeile 357 einfügen: Gewerbemieten ist daher unumgänglich und für ein gutes Leben elementar.[<u>Zeilenumbruch</u>] Selbstbestimmte Kreativ- und Kulturräume verteidigen und neu schaffen!</p> <p><u>Was Berlin als Stadt ausmacht, sind auch auch ihre kreativen und Freiräume. Doch die sind in Gefahr, sei es durch explodierende Gewerbemieten, sei es durch eine Überbebauung von Freiflächen, bei denen Kommerz vor Kultur geht. Ob Potse/Drugstore, das Lichtenberger Rockhaus oder die unzähligen bedrohten Atelierstandorte: Wenn Berlins Bezirke nicht genauso monokulturell und gesichtslos werden sollen, wie es die Innenstädte anderer Metropolen heute schon sind, müssen wir der Verdrängung von Kulturorten endlich Einhalt gebieten. Das kann nur durch einen Dreiklang von Sichern, Sanieren und eine strategische Stadtentwicklungspolitik geschehen, die Kunst und Kultur schon in der Planungsphase mitdenkt. Unser besonderes Augenmerk gilt den öffentlichen Immobilien, die bislang zu wenig oder gar nicht genutzt werden. Niemand versteht, warum große Flächen im ehemaligen Flughafengebäude Tempelhof oder am Museumsstandort Dahlem leer stehen - bei allen Herausforderungen, die hier Sanierungstau, Denkmal- oder Brandschutz mit sich bringen. Wir stehen zu dem Versprechen, Tempelhof für kulturelle Nachnutzungen zu öffnen - wer einem reinen Verwaltungsstandort das Wort redet, hat die Potentiale dieses Ortes nicht verstanden. Wir wollen außerdem, dass die im Koalitionsvertrag verankerte Agentur für kulturelle Zwischennutzungen und das Kulturkataster endlich auch umgesetzt werden.</u></p>	Übernahme (Fortsetzung nächste Zeile)
---	---------------	--	---------------------------------------

L-01-357 - Fortsetzung		<p><u>Berlin verlor schon zu viel einzigartige Club- und Kreativkultur weil Investoren rücksichts- oder ahnungslos bauten und nach Vollendung der Lärmschutz wiederum zu einer Schließung der Orte führten. Genug davon! Denn viel Konflikte lassen sich lösen, wenn sie früher angegangen werden. Das von der Clubcommission erarbeitete Clubkataster muss auf Verwaltungsebene bekannter gemacht werden und in die offiziellen Planungsinstrumente Eingang finden. Außerdem wollen wir erneut prüfen, ob das in London bereits gängige "Agent of Change" Prinzip sich in verbindliches Recht umsetzen lässt.</u></p> <p><u>Die Rummelsburger Bucht steht exemplarisch für den notwendigen Paradigmenwechsel in Berlin: Jahrelang wurden Investoren mit Kusshand genommen um Flächen zu entwickeln. Die dort gewachsenen Strukturen wurden ignoriert oder auf eine geduldete Zwischennutzung reduziert. Statt Luxuswohnungen und Aquarium braucht die Gegend aber neben bezahlbaren Wohnraum und sozialer Infrastruktur auch weiterhin Grünflächen und Freiräume. Wir erwarten, dass die BVV Lichtenberg den alten Bebauungsplan in der vorliegenden Form nicht annimmt. Die Stadt und ihre Bedarfe haben sich radikal geändert. Der Senat muss die Entwicklungsziele für die Rummelsburger Bucht neu zu bestimmen und sich gemeinsam mit den Anwohnenden und der Stadtgesellschaft auf eine nachhaltige Entwicklung des Areals erarbeiten. Schwerpunkt muss dabei auch der Erhalt von Altbestand, Natur und Freiräumen in gemeinwohlorientierter Entwicklung haben.</u></p>	Fortsetzung der Übernahme von L-01-357
L-01-362	LAG QueerGrün (beschlossen am: 27.03.2019)	<p>In Zeile 362: Transsexuellengesetz auf Bundesebene am: überwindenabschaffen. Wer sein bei der Geburt zugewiesenes</p>	Übernahme

L-01-365	Tim Niclas Demisch (KV Treptow-Köpenick)	<p>In Zeile 365 einfügen:</p> <p>Gedanken der Selbstbestimmung und nicht der Pathologisierung folgt. <u>Des Weiteren muss der Begriff der Rasse endlich aus dem Grundgesetz gestrichen bzw. ersetzt werden.</u></p>	Übernahme
L-01-365-2	LAG Frauen* und Gender (beschlossen am: 20.03.2019)	<p>Nach Zeile 365 einfügen:</p> <p><u>Auch die Abschaffungen der Paragraphen 218 und 219 ist längst überfällig. Der vermeintliche „Kompromiss“ runt um den Paragraphen 219a reicht uns bei weitem nicht. Die Debatte dadrum hat nur mal wieder gezeigt, das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Gebärmutter darf nicht länger durch das Strafgesetzbuch kriminalisiert werden.</u></p>	mod Ü: Nach Zeile 365 einfügen: "Auch das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Gebärmutter darf nicht länger durch das Strafgesetzbuch kriminalisiert werden, wie es die Paragraphen 218 und 219 tun. Der vermeintliche „Kompromiss“ rund um den Paragraphen 219a reicht uns deshalb bei weitem nicht aus. Wir kämpfen weiter für seine Abschaffung und für die Entkriminalisierung eines Abbruchs der Schwangerschaft. Dafür müssen die Paragraphen 218 und 219 gestrichen werden. Selbstbestimmung bedeutet für uns, dass Frauen frei von jeglichem Stigma über ihren Körper und eine mögliche Schwangerschaft entscheiden können."
L-01-365-3	LAG QueerGrün (beschlossen am: 27.03.2019)	<p>In Zeile 365 einfügen:</p> <p>Gedanken der Selbstbestimmung und nicht der Pathologisierung folgt.</p> <p><u>Wir kämpfen nach der Ehe für alle weiter für die vollständige Gleichstellung aller Familien, unabhängig vom Geschlecht der Eltern. Eine rechtliche Regelung für Regenbogen- und Patchworkfamilien mit bis zu vier erziehungsberechtigten Elternteilen wollen wir in geltendes Recht überführen. Familie ist wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.</u></p>	Übernahme

L-01-366	Georg Kössler und Catherina Pieroth	<p>Von Zeile 366 bis 370:</p> <p>Auch dass der Konsum ... Alkohol oder Nikotin – noch gefährdend sind.</p> <p><u>Im Mittelpunkt der Drogenpolitik muss die Selbstbestimmung und Freiheit von erwachsenen Konsumierenden stehen. Jegliche Kriminalisierung von Drogenkonsumierenden lehnen wir strikt ab. Klar ist aber auch: Jugendschutz ist nicht verhandelbar. Kinder und Jugendliche müssen geschützt werden. Stigmatisierung ist keine passenden Antworten für Menschen, deren Konsumverhalten nicht mehr selbstbestimmt ist. Wer an einer Abhängigkeitserkrankung leidet, braucht Unterstützung, keine Handschellen. Wir Grüne setzen auf Aufklärung und Transparenz und darauf, dass Hürden beim Erwerb von Substanzen so angesetzt werden, dass sie weder niedrigschwellig – wie derzeit bei Alkohol oder Nikotin – noch gefährdend sind. Praktische Antworten auf unsere Forderungen sind: das Modellprojekt für kontrollierte Cannabisabgabe, der Drug-Checking-Pilot, ein Naloxon-Projekt und unsere Forderung für ein landeseigenes Unternehmen zum Anbau von medizinischem Cannabis.</u></p>	erledigt durch L-01-366-2
----------	-------------------------------------	---	---------------------------

L-01-366-2	Jan Fährmann (Berlin-Kreisfrei KV)	<p>Von Zeile 366 bis 370:</p> <p>Auch dass der Konsum von Drogen mit polizeilichen Mitteln geahndet wird halten wir nicht für zielführend. ... wie derzeit bei Alkohol oder Nikotin noch gefährdend sind.</p> <p><u>Im Mittelpunkt der Drogenpolitik muss die Selbstbestimmung und Freiheit von erwachsenen Konsumierenden stehen. Jegliche Kriminalisierung von Drogenkonsumierenden lehnen wir strikt ab und setzen uns darüber hinaus für legale Abgabeformen ein. Diese müssen sich nach dem konkreten Risiko der jeweiligen Substanz richten. Klar ist aber auch: Jugendschutz und Verbraucher*innenschutz ist nicht verhandelbar. Insbesondere Kinder und Jugendliche müssen geschützt werden. Stigmatisierung ist keine passenden Antworten für Menschen, besonders bei Menschen, die an einer Abhängigkeitserkrankung leiden. Suchtkranke Menschen brauchen Hilfe und Unterstützung und keine Handschellen. Wir Grüne setzen auf Aufklärung, Prävention und Transparenz und darauf, dass Hürden beim Erwerb von Substanzen so angesetzt werden, dass sie weder niedrigschwellig – wie derzeit bei Alkohol oder Nikotin – noch gefährdend sind. So muss beispielsweise ein grundsätzliches Werbeverbot für alle Drogen bestehen, auch für Alkohol und Tabak. Praktische Antworten auf unsere Forderungen sind: das Modellprojekt für kontrollierte Cannabisabgabe, der Drug-Checking-Pilot (der sowohl die stationäre als auch die mobile Substanzanalyse möglich macht), die feste Etablierung und Ausweitung einer Naloxonabgabe an opiatabhängige Menschen, den weiteren Ausbau der Präventionsarbeit, eine Erhöhung der nichtverfolgbaren Menge von 15 auf 30 Gramm Cannabis und unsere Forderung für ein landeseigenes Unternehmen zum Anbau von medizinischem Cannabis. Außerdem werden wir</u></p>	<p>mod U: Ersetze Zeile 366 bis 370: "Im Mittelpunkt der Drogenpolitik muss die Selbstbestimmung und Freiheit von erwachsenen Konsumierenden stehen. Jegliche Kriminalisierung von Drogenkonsumierenden lehnen wir strikt ab und setzen uns darüber hinaus für legale Abgabeformen ein. Diese müssen sich nach dem konkreten Risiko der jeweiligen Substanz richten. Klar ist aber auch: Jugendschutz und Verbraucher*innenschutz ist nicht verhandelbar. Insbesondere Kinder und Jugendliche müssen geschützt werden. Stigmatisierung ist keine passenden Antworten für Menschen, besonders bei Menschen, die an einer Abhängigkeitserkrankung leiden. Suchtkranke Menschen brauchen Hilfe und Unterstützung und keine Handschellen. Wir Grüne setzen auf Aufklärung, Prävention und Transparenz und darauf, dass Hürden beim Erwerb von Substanzen so angesetzt werden, dass sie weder niedrigschwellig – wie derzeit bei Alkohol oder Nikotin – noch gefährdend sind. So muss beispielsweise ein grundsätzliches Werbeverbot für alle Drogen bestehen, auch für Alkohol und Tabak. Praktische Antworten auf unsere Forderungen sind: die kontrollierte Abgabe von Cannabis, Drug-Checking (das sowohl die stationäre als auch die mobile Substanzanalyse möglich macht), die feste Etablierung und Ausweitung einer Naloxonabgabe an opiatabhängige Menschen, den weiteren Ausbau der Präventionsarbeit, eine Erhöhung der nichtverfolgbaren Menge von 15 auf 30 Gramm Cannabis und die Einführung einer geringen Mengen auch für weitere Substanzen. Außerdem werden wir uns im Bundesrat für eine umfassende Reform des Betäubungsmittelgesetzes einsetzen. Auch wenn unter den aktuellen politischen Mehrheiten zwar die notwendige Reform des BtmG nicht zu erwarten ist, so verbleibt zumindest die Möglichkeit festzuschreiben, dass die Bundesländer selbst darüber entscheiden können, ob sie Modellversuche hinsichtlich legaler Abgabeformen durchführen."</p>
L-01-378	LAG Säkulare Grüne Berlin (beschlossen am: 28.03.2019)	<p>Von Zeile 378 bis 380 löschen:</p> <p>das Neutralitätsgesetz bis zu einer höchstrichterlichen Prüfung zu bringen. Es ist für uns nicht hinnehmbar, dass auf dem Rücken einiger weniger Frauen derzeit öffentlich ausgetragen wird, ob dieses Gesetz rechtens ist.</p>	zurückgezogen

L-01-380	LAG Frauen* und Gender (beschlossen am: 20.03.2019)	<p>In Zeile 380 einfügen:</p> <p>wird, ob dieses Gesetz rechens ist. <u>Denn für uns ist klar, vermeintliche Neutralität kann nicht dazu führen das in öffentlichen Deabtten Frauen vorgeschrieben wird was sie anzuziehen haben oder eben nicht, ihre Religionsfreiheit eingeschränkt wird und ihre freie Berufswahl nur dann gewährleistet wird, wenn sie sich „richtig“ kleiden.</u></p>	<p>modifizierte Übernahme: Füge nach Zeile 380 ein:</p> <p>"wird, ob dieses Gesetz rechens ist. Denn für uns ist klar, vermeintliche Neutralität kann nicht dazu führen, dass in öffentlichen Debatten Frauen vorgeschrieben wird, was sie anzuziehen haben oder eben nicht."</p>
L-01-380-2	Ingrid Bertermann (Berlin-Mitte KV)	<p>In Zeile 380 einfügen:</p> <p>wird, ob dieses Gesetz rechens ist.</p> <p><u>Sexarbeit ist Arbeit</u></p> <p><u>Das 2018 in Kraft getretene ProstSchG hat im Gegensatz zu seiner Bezeichnung die Arbeitsbedingungen der Sexarbeitenden verschlimmert.</u></p> <p><u>Wir wollen die Freiheitsrechte der Sexarbeitenden genauso wichtig nehmen, wie die anderer Berufsgruppen und uns für die Verbesserung der Umsetzung und die Veränderung bestehender Regelungen einsetzen. Im Rahmen der Mitwirkung der Landesregierung bei der Gesetzgebung des Bundes wollen wir für die dringend notwendige Schaffung angemesser Gesetze bzw. die Abschaffung einschränkender Regelungen eintreten.</u></p>	<p>mod Ü: Füge in Zeile 380 ein: "Das 2018 in Kraft getretene Prostitutionsschutzgesetz hat im Gegensatz zu seiner Bezeichnung die Arbeitsbedingungen der Sexarbeitenden verschlimmert. Wir wollen die Rechte der Sexarbeitenden genauso wichtig nehmen, wie die anderer Berufsgruppen und uns für die Verbesserung der Umsetzung und die Veränderung bestehender Regelungen einsetzen. Im Rahmen der Mitwirkung der Landesregierung bei der Gesetzgebung des Bundes wollen wir für die dringend notwendige Schaffung angemesser Gesetze bzw. die Abschaffung einschränkender Regelungen eintreten."</p>
L-02: Berliner Sonne – die Energie der Zukunft			
L-02-002	LAG Energie, Lutz Weischer u.a.	<p>In Zeile 2:</p> <p>Der Klimawandel<u>Die globale Klimakrise</u> – so geht es nicht weiter</p>	Übernahme

L-02-003	Julie Steinen, Manuela Semmler, u.a.	<p>Von Zeile 3 bis 11 löschen:</p> <p>Die Folgen des Klimawandels mit all seinen Facetten spüren wir auch in Berlin: Der letzte Sommer war einer der heißesten Sommer, die wir je hatten mit einer Dürreperiode, die Menschen, Tieren und Pflanzen in der Stadt zu schaffen gemacht hat. Dazwischen haben wir zunehmend mit Starkregenereignissen zu kämpfen, die unsere Abwassersysteme immer wieder vor neuen Herausforderungen stellen. Trotzdem gehören Winter mit strengem Frost noch lange nicht der Vergangenheit an. Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir solche Extremwetterlagen immer häufiger erleben werden. Spätestens jetzt muss allen klar sein: Wir müssen dringend umsteuern, wenn wir noch eine Chance haben wollen, den Klimawandel zu bremsen. Dafür müssen wir radikal umdenken.</p>	erledigt durch Ü L-02-003-2
L-02-003-2	LAG Energie, Lydia Weygoldt (XHain), Friedemann Dau (TempelSchö n), Lutz Weischer, u.a.	<p>In Zeile 3:</p> <p>Die Folgen des Klimawandels mit all seinen Facetten spüren wir sind weltweit immer stärker spürbar. <u>Wirbelstürme, Dürren und Überschwemmungen nehmen in Häufigkeit oder Intensität zu. Der Meeresspiegel steigt. Fruchtbare Böden gehen verloren. Menschen müssen ihre Heimat verlassen. Krisen und Konflikte werden verstärkt. Besonders trifft es die ärmsten Menschen im globalen Süden.</u></p> <p><u>Doch</u> auch in Berlin <u>spüren wir erste Auswirkungen des Klimawandels</u>: Der letzte</p>	Übernahme

L-02-011	LAG Energie, Lutz Weischer (KV TempelSchön), Friedemann Dau (KV TempelSchön), u.a.	<p>In Zeile 11 einfügen:</p> <p>wir radikal umdenken.</p> <p><u>Um zumindest eine Chance zu haben, den menschengemachten Klimawandel auf 1,5° Celsius zu begrenzen, so wie es im Pariser Klimaabkommen vereinbart wurde, müssen wir radikal dekarbonisieren - ab sofort muss der CO2-Ausstoss jedes Jahr um 18% sinken [Q: Rahmsdorf/PIK]. Berlin spielt dabei als urbanes Zentrum eine besondere Rolle: Hier wird mehr Energie verbraucht als produziert und auf einem Fleck eine überproportional hohe Menge an CO2 ausgestoßen. Das müssen, das können – und das wollen wir ändern! Denn Berlin nimmt seine globale Verantwortung ernst. Unser Anspruch ist es, zu zeigen, dass eine Millionenstadt so schnell den Umstieg von Kohle Öl und Gas auf 100% Erneuerbare Energien schaffen kann, wie es das Pariser Abkommen erfordert. Denn auch global liegt in den großen Städten ein Schlüssel für den Klimaschutz.</u></p>	mod Ü - statt Einfügung Ersetzung der Zeile 12-14
L-02-012	Julie Steinen, Manuela Semmler, Sebastian Walter, u.a.	<p>Von Zeile 12 bis 13:</p> <p>Berlin spielt dabei als urbanes Zentrum eine besondere Rolle: bei der Bekämpfung des Klimawandels. Hier Denn hier wird mehr viel Energie verbraucht als produziert, ohne diese im <u>ausreichenden Umfang durch erneuerbare Energiequellen zu generieren</u>. Das müssen, das können – und das wollen wir ändern! Denn in den</p>	erledigt durch mod Ü L-02-11

L-02-014 (Fortsetzung nächste Zeile)	Georg Kössler und June Tomiak (KV Neukölln)	<p>Nach Zeile 14 einfügen:</p> <p>#FridaysForFuture: Dieser Rückenwind macht uns Dampf!</p> <p><u>Wöchentlich gehen mit Fridays For Future allein in Berlin zehntausende streikenden Schüer*innen auf die Straße. Diese Bewegung will nicht länger Versprechungen und Langfristziele, sondern radikalem Klimaschutz. Denn es geht um ihre Zukunft, die aktuell von der Großen Koalition im Bund verzockt wird. Mit dem aktuellen Wirtschaftssystem lebt unsere Gesellschaft noch immer auf Pump. „System Change not Climate Change“ ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen und das sollte uns allen zu denken geben.</u></p> <p><u>Obwohl sich die Forderungen der Jugendlichen an dem orientiert, was der breite Konsens der Klimawissenschaft als unbedingt nötig erachtet, sind ihre Forderungen radikal angesichts dessen, was aktuelle in der Politik möglich scheint. Wir brauchen mehr Austausch darüber, was nötig ist und offene Debatten über die Zielkonflikte. Und wir brauchen den Mut, auch kurzfristig einschneidende Maßnahmen anzugehen. In Europa, im Bund und auch bei uns in Berlin.</u></p> <p><u>Denn auch Berlin muss beim Klimaschutz das Tempo erhöhen, wenn es seinen Zielpfad auf dem Weg zu einer Dekarbonisierung bis 2050 einhalten will. Das heißt vor allem, selbst mit gutem Beispiel voranzugehen. Die eigene Verwaltung muss möglichst rasch CO2-neutral werden –</u></p>	Übernahme (Fortsetzung nächste Zeile)
---	---	--	---------------------------------------

L-02-014 Fortsetzung	<p><u>sowohl die Landesverwaltung als auch die Bezirke. Dafür braucht es als ersten Schritt in allen Bezirken Klimaschutzbeauftragte und ein eigenes Produkt in der bezirklichen Kosten-Leistungs-Rechnung sowie mehr Geld zur Umsetzung von Klimaschutz- und Energieeinsparmaßnahmen.</u></p> <p><u>Wir wollen Vorbild sein! Die grüne Abgeordnetenfraktion soll sich deshalb für ein klimaneutrales Abgeordnetenhaus einsetzen. Das beinhaltet auch auf unnötigen Flugreisen zu verzichten, den Papier- und Plastikverbrauch im Haus weiter zu reduzieren und mit Energie und Wasser im Abgeordnetenhaus endlich effizient umzugehen.</u></p> <p><u>Doch trotz des Engagement vieler Schüler*innen müssen die fundamentalen Fragen der Klimakrise und Klimaschutz stärker in der Schule Beachtung finden. Hierzu soll bei der zuständigen Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie die Stelle einer*s Klima- und Umweltschutzbeauftragten eingerichtet werden, welche die Schulen sachlich und fachlich dabei unterstützt, die Themen Umwelt- und Klimaschutz sowie BNE in den Unterricht zu integrieren. Das Engagement junger Menschen für mehr Klimaschutz begrüßen wir dabei explizit und empfehlen allen Berliner Schulleitungen, gemeinsame Exkursionen und Projekttag mit klimapolitischem Schwerpunkt zu unternehmen.</u></p>	Fortsetzung der Übernahme von L-02-014
-------------------------	---	--

L-02-014-2	Heike Gleissner (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p>In Zeile 14 einfügen:</p> <p>Städten liegt der Schlüssel für den Klimaschutz.</p> <p><u>Umweltbewusste Technologien entwickeln sich weiter : Ob Rucksack mit Solarzelle, (mobile) Solar-Klima-Anlagen, Solar-Energie-Kioske oder Solar-Kühlschränke. Es eröffnen sich neue Einsatzmöglichkeiten, direkt bei den Verbrauchern. Diese benannten "CleanTechs" bieten zudem mehr Ressourcen-Schonung bei der Energie-Übertragung, Energie-Speicherung usw. und verstärken als Schlüssel-Technologien umfassendere nachhaltige Trends wie den der "Green Economy" oder der "Green IT".</u></p>	<p>mod U: Umwelttechnologien entwickeln sich weiter : Ob Rucksack mit Solarzelle, (mobile) Solar-Klima-Anlagen, Solar-Energie-Kioske oder Solar-Kühlschränke, Speicher und Messtechnik: Es eröffnen sich neue Einsatzmöglichkeiten, direkt bei den Verbraucher*innen und zum Ausgleich von Erzeugung und Verbrauch. Berlin ist bereits Vorreiter in der Entwicklung und Anwendung von "CleanTechs", die zur Ressourcen-Schonung beitragen und die Energieerzeugung, -übertragung und -speicherung zunehmend effizienter und nachhaltiger machen. Dementsprechend ist dieser Wirtschaftszweig weiter zu stärken.</p>
L-02-018	LAG Energie Berlin-Brandenburg, Philip Hiersemann (KV Xhain), u.a.	<p>In Zeile 18:</p> <p>wir schneller sehr viel mehr CO2 innerhalb von gut zwei Jahrzehnten in Deutschland aus allen fossilen Brennstoffen - einsparen Kohle, Öl und Gas - <u>ausgestiegen sein müssen. Die CO2-Emissionen müssen auf netto Null sinken. Die Zukunft ist 100% erneuerbar. Deshalb muss der Kohleausstieg sehr viel schneller erfolgen.</u> Die Bundesregierung muss hier</p>	Übernahme

L-02-020	Mathias Kissling (Berlin-Mitte KV)	<p>Von Zeile 20 bis 24:</p> <p>Stehende zu tun, um diesen Planeten zu schützen. Wir freuen uns sehr, dass mit Fridays for Future eine breite und junge Bewegung entstanden ist, die mit Nachdruck deutlich macht, dass die Politik nicht nur an die jetzigen Wähler*innen denken darf, sondern eine Verantwortung für zukünftige Generationen und globale Gerechtigkeit trägt. Wir stehen an ihrer Seite und unterstützen die Schüler*innen bei ihrem Streik für das Klima. Wir müssen unserer Verantwortung gerecht werden. <u>Wissenschaftliche Erkenntnisse belegen eine radikale Veränderung unseres Klimas, welche ein fundamentales Umsteuern in allen Lebensbereichen notwendig macht. Die berechnete Forderung der Schüler*innen und Student*innen von Fridays for Future in ihren wöchentlichen Streiks lautet: Schnelle und angemessene Umsetzung von Maßnahmen zur Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele. Mit der generationenübergreifenden Unterstützung der Proteste, quer durch alle Schichten, ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, radikale Veränderungen in der Energiepolitik konsequent umzusetzen.</u></p>	mod U: Streichung wird übernommen, neuer Text nicht, da erledigt durch Ü L-02-14
L-02-030	LAG Energie, Lutz Weischer (KV TempelSchön), u.a.	<p>Von Zeile 30 bis 32:</p> <p>größte Power-to-Heat Anlage, die mit Erneuerbaren Energien betrieben wird. So soll es stetig weiter gehen, bis spätestens 2030 das letzte Kraftwerk abgeschaltet wird. Diese mutigen aber machbaren Schritte <u>Aber es muss noch schneller gehen, denn die Zeit drängt. Spätestens 2030, besser früher, muss das letzte Kraftwerk abgeschaltet sein – deutschlandweit, aber natürlich auch in Berlin. Einen solchen mutige aber machbaren Schritt erwarten wir auch von der Bundesregierung.</u></p>	Übernahme

L-02-031	Lisa Paus, Clara Herrmann und Georg Kössler	<p>In Zeile 31 einfügen:</p> <p>weiter gehen, bis spätestens 2030 das letzte Kraftwerk abgeschaltet wird. <u>Wir verfolgen weiterhin eine nachhaltige Divestment-Strategie. Berlin hat mit dem Aktienindex der Solactive AG ein Vorbild entwickelt, das längst auf andere Bundesländer ausstrahlt. Für uns ist eine öffentliche Investitionspolitik auf nachhaltiger Basis zentral und der Senat soll auch private Unternehmen und Versorgungswerke für ethisches und fossiles Divestment werben.</u> Diese mutigen aber</p>	Übernahme
L-02-031-2	Lutz Weischer, Julie Steinen, Sebastian Walter, u.a.	<p>In Zeile 31:</p> <p>weiter gehen, bis spätestens 2030 das letzte Kraftwerk abgeschaltet wird. Diese <u>Solche</u> mutigen aber</p>	Übernahme
L-02-032	Lutz Weischer, Friedemann Dau, Philip Hiersemenze l	<p>In Zeile 32 einfügen:</p> <p>machbaren Schritte erwarten wir auch von der Bundesregierung.</p> <p><u>Berlin ist bislang das einzige deutsche Bundesland, das die Bedingungen für eine Mitgliedschaft in der internationalen Allianz der Kohleausstiegsländer und -regionen erfüllt. Die Allianz orientiert sich am Pariser Klimaabkommen und der Klimawissenschaft und verlangt daher einen verbindlich geregelten Kohleausstieg bis 2030 in allen Industrieländern. Wir werden dafür sorgen, dass Berlin Mitglied in der Powering Past Coal Alliance wird, um damit sowohl international als auch in Deutschland ein starkes Zeichen zu setzen.</u></p>	Übernahme

L-02-035	LAG Energie Berlin-Brandenburg, sowie Philip Hiersemenze I (KV Xhain), u.a.	<p>Von Zeile 35 bis 37:</p> <p>allem die Potenziale endlich nutzen und legen ein besonderes Augenmerk auf den Ausbau der Solarenergie. 2017 war Berlin Spitzenreiterin beim Ausbau der Solarenergie bezogen auf die Fläche — nicht zuletzt dank <u>vorhandenen Potenziale endlich nutzen und legen ein besonderes Augenmerk auf den Ausbau der Solarenergie. Dieser Ausbau ist die wichtigste Aufgabe</u> der Berliner Stadtwerke, die wir vom Bonsai-Stadtwerk zu einem</p>	Übernahme
L-02-054	LAG Energie Berlin-Brandenburg, Philip Hiersemenze I, u.a.	<p>Von Zeile 54 bis 55:</p> <p>langfristige Sicherung der Ausbaupfade für Solar- und Windenergie, wurden vertagt. So gefährdet die Bundesregierung den Ausbau des Ökostroms massiv! <u>So gefährdet die Bundesregierung unsere Zukunft fahrlässig und nimmt -neben massiven finanziellen Schäden - bewusst Klima-Kriege, -Flucht und andere Katastrophen in Kauf!</u></p>	Übernahme
L-02-058	LAG Energie Berlin-Brandenburg, Philip Hiersemenze I, u.a.	<p>In Zeile 58 einfügen:</p> <p>uns in Berlin auf dem Ausbau der Solarenergie. Berlin hat ein Photovoltaikpotential von <u>mindestens 4</u></p> <p>In Zeile 61 einfügen:</p> <p>Beispiel gebäudeintegrierter Photovoltaik <u>sowie vielen weiteren Anstrengungen</u> sind bis zu 12 Gigawatt machbar. Intelligent</p>	Übernahme
L-02-070	Lutz Weischer, Julie Steinen, Sebastian Walter, u.a.	<p>Von Zeile 70 bis 71:</p> <p>Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren auf das vom <u>von den</u> Pariser Klimaziel <u>Klimazielen, insbesondere der Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5°C</u>, vorgegebene Tempo beschleunigen. {Leerzeichen}</p>	Übernahme

L-02-070-2	LAG Energie Berlin-Brandenburg, Philip Hiersemenze l u.a.	<p>In Zeile 70:</p> <p>Wir wollen den Ausbau der Erneuerbaren auf das vom<u>von den</u> Pariser Klimazielen<u>Klimazielen, insbesondere der Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5°C</u>, vorgegebene Tempo</p> <p>In Zeile 73 einfügen:</p> <p>Planungssicherheit – und einen gleichermaßen ambitionierten und machbaren Ausbaupfad. <u>Wir fordern daher politisch verbindliche Zubauziele von 100 Megawatt (MW) im Jahr 2020, 200 MW im Jahr 2021, 400 MW 2022 und ab 2023 800 MW pro Jahr – bis das Photovoltaik Potential von Berlin erreicht ist.</u></p>	<p>Erster Teil erledigt durch: Übernahme L-02-070</p> <p>Zweiter Teil:</p> <p>Abstimmung Änderungsantrag gegen mod Ü: Wir fordern ambitionierte politische Ausbauziele und eine deutliche Beschleunigung des Solarausbaus auf Basis des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms sowie des derzeit erarbeiteten Masterplans Solar City. Dabei sind die wissenschaftlichen Untersuchungen zum Potential der Solarenergie in Berlin zu berücksichtigen und eine zügige Ausnutzung möglichst aller Dachflächen zu ermöglichen bis das Photovoltaik-Potenzial von Berlin erreicht ist. Der Masterplan Solar City, der derzeit von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe erarbeitet wird, soll konkrete Ausbauziele und einen Zeitplan zur Erreichung des Photovoltaik-Potenzials nennen.</p>
------------	---	--	---

L-02-080	Heike Gleissner (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p>In Zeile 80 einfügen:</p> <p>Task Force“ als Koordinierungsstelle zur Umsetzung vor.</p> <p><u>Das Potential der Solar-Energie zeigt sich auch im "Schutz der Kritischen Infrastruktur" :</u> <u>Ausfälle in der Energieversorgung schränken die Funktion vieler wichtiger Dienste ein, die oft im Alltag benötigt werden. Und können bedrohliche Ausmaße annehmen, wenn z.B. Cyber-Angriffe oder gezielte Sabotage die Ursache sind. Für die Berliner*innen bieten so Solar-Energie-Anwendungen mehr Sicherheit und Nachhaltigkeit bei besserer Lebensqualität. Besonders in Ergänzung mit anderen "autarken Energie-Systemen" oder als "virtuelles Kraftwerk".</u></p> <p><u>Nach Wikipedia ist</u> <u>" https://de.wikipedia.org/wiki/Virtuelles_Kraftwerk</u> <u>"</u> <u>Ein virtuelles Kraftwerk [...] eine Zusammenschaltung von dezentralen Stromerzeugungseinheiten, wie zum Beispiel Photovoltaikanlagen, Wasserkraftwerken, Biogas-, Windenergieanlagen und Blockheizkraftwerken zu einem Verbund. Dieser Verbund stellt elektrische Leistung verlässlich bereit und kann damit dargebotsunabhängige Leistung aus Großkraftwerken ersetzen. [...]</u></p>	<p>mod Ü: Das Potential von Solar-Energie und dezentraler Versorgung zeigt sich auch im "Schutz der Kritischen Infrastruktur": Wir wollen, dass Solar-Energie-Anwendungen Berliner*innen mehr Sicherheit und Nachhaltigkeit bei besserer Lebensqualität bieten können, besonders in Ergänzung mit anderen "autarken Energie-Systemen" oder als "virtuelles Kraftwerk". Deshalb wollen wir entsprechende Forschungsansätze und Pilotprojekte unterstützen.</p>
L-02-087	Joachim Schmitt (KV CharWilms)	<p>In Zeile 87 einfügen:</p> <p>einzelne Bürger*innen genauso eine Rolle wie Baugruppen, Genossenschaften, <u>andere Hauseigentümer*innen</u> oder</p>	<p>Übernahme</p>
L-02-101	LAG Energie BB, Philip Hiersemenze I (KV Xhain), u.a.	<p>Von Zeile 101 bis 102:</p> <p>Wenn Berlin komplett mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt würde, wäre <u>soll, dann gelingt</u> das schon ein großer Schritt <u>nur mit wenn wir gleichzeitig auch Wärme und Verkehr dekarbonisieren – und dabei die Sektoren intelligent koppeln.</u> Wir wollen aber noch mehr! Denn gerade die urbane Energiewende gelingt nur</p>	<p>mod Ü: Wenn Berlin komplett mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden soll, dann gelingt das nur, wenn wir gleichzeitig auch Wärme und Verkehr dekarbonisieren – und dabei die Sektoren intelligent koppeln. Denn gerade die urbane Energiewende gelingt nur ...</p>

L-02-107	Oliver Powalla (KV Neukölln)	<p>Von Zeile 107 bis 110:</p> <p>Erneuerbaren haben. Das ist eine große Herausforderung – doch wir stellen uns ihr! Auch jenseits des Fernwärmenetzes wollen wir auf erneuerbare Wärme setzen. Entsprechend der Maßnahme im BEK sollen integrierte Quartierskonzepte für Bestand und Neubau initiiert, entwickelt und umgesetzt werden.</p> <p><u>Fossiles Gas kann für uns lediglich für einen sehr begrenzten Übergangszeitraum die Nutzung erneuerbarer Wärme ergänzen. Fracking-Gas, das bei seiner Förderung zu massiven Umweltschäden führt, ist für uns dabei keine Alternative zur Kohle. Den Import für die Berliner Fernwärme lehnen wir kategorisch ab. Auch jenseits des Fernwärmenetzes wollen wir auf erneuerbare Wärme setzen. Entsprechend der Maßnahme im BEK sollen integrierte Quartierskonzepte für Bestand und Neubau initiiert, entwickelt und umgesetzt werden.</u></p>	Übernahme
L-02-108	KV Neukölln (beschlossen am: 19.03.2019)	<p>In Zeile 108:</p> <p>jenseits des Fernwärmenetzes wollen wir auf erneuerbare Wärme setzen. [Leerzeichen]</p> <p><u>„Dem erfolgreichen Beispiel Baden-Württembergs folgend wollen wir beim Austausch von Heizungsanlagen einen Mindestanteil erneuerbarer Wärme vorschreiben.“</u></p>	Übernahme
L-02-110	Oliver Powalla (KV Neukölln)	<p>Nach Zeile 110 einfügen:</p> <p><u>Hauseigentümer*Innen benötigen in der Regel Hilfestellung bei der Auswahl und Planung erneuerbarer Heizungsanlagen. Das im BEK vorgesehene Bauinformationszentrum muss deshalb schnellstmöglich realisiert und zum Dienstleister für erneuerbare Wärmetechnik entwickelt werden.</u></p>	Übernahme

L-02-116	LAG Energie Berlin-Brandenburg, Philip Hiersemenze I und andere (beschlossen am: 27.03.2019)	<p>Von Zeile 116 bis 119 löschen:</p> <p>der Windenergie dürfen wir nicht aus den Augen verlieren,- denn neue Kleinwindräder bieten auch für Städte das Potenzial, Energie aus Wind zu gewinnen. Deshalb setzen wir uns wie im Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm vorgesehen für eine Potenzialstudie für Windenergie ein. Genauso wichtig sind aber auch die Entwicklung der Geothermie sowie die</p>	Übernahme
L-02-122	LAG Energie BB, Philip Hiersemenze I, Lutz Weischer, Friedemann Dau, Manuela Gabriel	<p>Von Zeile 122 bis 125:</p> <p>Neue technische Möglichkeiten, die zum Beispiel Smart Homes bieten, wollen wir dabei mitdenken. Denn nur wenn wir auch den Verbrauch der Energie gezielt und effizient steuern – also zum Beispiel die Waschmaschine laufen oder Batterien laden lassen, wenn sonst kaum Energie benötigt wird – kann die <u>Energiewende gelingen, um Erzeugung und Verbrauch intelligent in Einklang zu bringen wollen wir mitdenken– also zum Beispiel Batterien, Autos oder Wärmespeicher zu füllen, wenn sonst kaum Energie benötigt wird.</u> Dass dabei der Datenschutz</p>	Übernahme
L-02-128	KV Spandau (beschlossen am: 19.03.2019)	<p>In Zeile 128 einfügen:</p> <p>In Berlin wollen wir konkret dafür sorgen, dass Solarenergie auf jedes <u>geeignete</u> Dach – und sobald</p>	Mod Ü: In Berlin wollen wir konkret dafür sorgen, dass Solarenergie auf jedes Dach – und sobald möglich, auch an jede Fassade – kommt. Dabei stehen Dachbegrünung und Photovoltaik nicht in Widerspruch; wir wollen dafür sorgen, dass diese beiden Maßnahmen sinnvoll kombiniert werden.
L-02-131	Joachim Schmitt (KV CharWilms)	<p>In Zeile 131:</p> <p>nicht-umlagepflichtige <u>umlagefähige</u> Maßnahme vorgeschrieben werden. Hierfür wollen wir im Zuge der</p>	Übernahme

L-02-131-2	LAG Energie BB, Philip Hiersemenze I, u.a.	Von Zeile 131 bis 133: nicht- umlagepflichtige <u>umlagefähige</u> Maßnahme vorgeschrieben werden. Hierfür wollen wir im Zuge der Novellierung der Berliner Bauordnung oder des im Koalitionsvertrag vereinbarten Wärmegesetzes <u>Energiewendegesetzes</u> erste Schritte gehen.	Übernahme
L-02-139	Joachim Schmitt (KV CharWilms)	In Zeile 139 einfügen: Solaranlagen und -speicher sowie die ergänzende Förderung von Mieterstrom <u>und Unterstützung von Solar-Contracting.</u>	Übernahme
L-02-141	LAG Energie BB, Philip Hiersemenze I, Lutz Weischer, Friedemann Dau, Manuela Gabriel	Von Zeile 141 bis 145: Berlin nach und nach mit Solaranlagen ausstatten, können wir den Energiebedarf decken. Dabei <u>Gleichzeitig</u> ist uns- wichtig <u>Solarenergie ist nicht nur sauber, sie ist auch billig.</u> <u>Daher ist es eigentlich selbstverständlich,</u> dass eine Solar- Pflicht weder bei Neubau noch bei Nachrüstungen im Bestand zu einer Belastung für Mieter*innen führt <u>führen darf</u> . Ökologie und Gerechtigkeit müssen wir auch weiterhin zusammen denken und werden es nicht zulassen, dass Klimaschutz und Mieterschutz gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen die energetische Sanierung <u>CO2-freies Heizen und Kühlen</u> voranbringen und	Übernahme
L-02-149	KV Neukölln (beschlossen am: 19.03.2019)	In Zeile 149 einfügen: geeignetes Modell sein. „ <u>Auf Landesebene unterstützen wir die Einführung eines Klimabonus, der es auch ALG II- Bezieher*innen ermöglichen soll, in energetisch sanierten Wohnungen zu wohnen.</u> “	Übernahme

L-02-149-2	Stefan Taschner (KV Lichtenberg)	<p>Nach Zeile 149 einfügen:</p> <p><u>Zudem wollen wir eine Clearingstelle schaffen, die Mieter*innen bei der Einschätzung hilft ob eine angekündigte energetische Sanierung auch tatsächlich Energie einspart und sie im Streitfall auch juristisch berät.</u></p>	Übernahme
L-02-164	LAG Energie BB u.a.	<p>Von Zeile 164 bis 165 löschen:</p> <p>Aber auch über neue und außergewöhnliche Ideen wollen wir nachdenken. Ein Solar Radweg wie in Erfstadt bei Köln könnte auch in Berlin Sinn machen.</p>	mod Ü: Aber auch über neue und außergewöhnliche Ideen wollen wir nachdenken. Ein mit Solarzellen überdachter Radweg oder Solarbrücken wie die Kennedybrücke in Bonn könnten auch in Berlin Sinn machen.
L-02-165	KV Spandau (beschlossen am: 19.03.2019)	<p>In Zeile 165:</p> <p>in Erfstadt bei Köln könnte<u>oder Solarbrücken wie die Kennedybrücke in Bonn könnten</u> auch in Berlin Sinn machen.</p>	erledigt durch mod Ü L-02-164

L-02-165-2	Dörte Themann, Philipp Kretzschmar, Sebastian Sperlich, Constanze Rosengart, Bodo Byszio, Christian Rosengart, Joy Khan (KV Spandau)	<p>In Zeile 165 einfügen:</p> <p>in Erfstadt bei Köln könnte auch in Berlin Sinn machen.</p> <p><u>Die Energiewende erfordert die Extraktion großer Mengen Silizium und - im Bereich der Dünnschicht-Photovoltaik - den Einsatz seltener Erden. Auch für die Nutzung von Windenergie werden seltene Erden benötigt und für die E-Mobilität Cobalt. Oftmals ist die Extraktion dieser Rohstoffe mit sozialen und ökologischen Verwerfungen in den Abbauländern verbunden. Weil wir eine nachhaltige und faire Energiewende wollen, müssen wir auch gleichzeitig die Rechte der Menschen in den Abbauländern stärken und uns für eine soziale und umweltschonende Ressourcengewinnung zur Herstellung von Energiewendetechnologien einsetzen. Unsere europapolitischen Forderungen nach einer stärkeren Beachtung der Menschenrechtssituation in den Herkunftsländern der Rohstoffe in der EU-Außenhandelspolitik, nach transparenten Lieferketten und nach einer Förderung der Recycling- und Ressourceneffizienz innerhalb der Europäischen Union bilden hier einen wichtigen Rahmen. In Berlin wollen wir ergänzend die Forschungseinrichtungen stärken, die sich mit diesen Aspekten der Energiewende beschäftigen. Außerdem wollen wir weiterhin verstärkt Mittel in die Erforschung von energieeffizienten und -suffizienten Lösungen – auch im Bereich der Digitalisierung, deren Strombedarf stetig steigt - investieren. Es reicht nicht mehr, die Energiewende nur als rein technologische Frage zu betrachten. Um die sozialen und ökologischen Verwerfungen, die mit dem Ressourcenabbau einhergehen einzudämmen, ist es auch notwendig den Energiebedarf langfristig zu senken. Das bedeutet, dass wir neben einer Transformation der</u></p>	<p>mod U: Für eine erfolgreiche Energiewende bilden unsere europapolitischen Forderungen nach einer stärkeren Beachtung der Menschenrechtssituation in den Herkunftsländern der Rohstoffe in der EU-Außenhandelspolitik, nach transparenten Lieferketten und nach einer Förderung der Recycling- und Ressourceneffizienz innerhalb der Europäischen Union einen wichtigen Rahmen. In Berlin wollen wir ergänzend die Forschungseinrichtungen stärken, die sich mit diesen Aspekten der Energiewende beschäftigen. Außerdem wollen wir weiterhin verstärkt Mittel in die Erforschung von energieeffizienten und -suffizienten Lösungen – auch im Bereich der Digitalisierung – investieren. Es reicht nicht mehr, die Energiewende nur als rein technologische Frage zu betrachten. Um die sozialen und ökologischen Verwerfungen, die mit dem Ressourcenabbau einhergehen einzudämmen, ist es auch notwendig den Energiebedarf langfristig zu senken. Das bedeutet, dass wir neben einer Transformation der Produktionsprozesse auch immer die Veränderung der Konsummuster der Stadt- und Umlandbevölkerung im Auge behalten und durch gezielte politische Maßnahmen unterstützen müssen.</p>
L-02-176	LAG Energie BB, Philip Hiersemenze I, Lutz Weischer, Friedemann Dau, Manuela Gabriel	<p>Von Zeile 176 bis 178:</p> <p>In Sachen Energiewende und Klimaschutz hat Berlin zu lange geschlafen und auch die Bundesregierung hat bei weitem nicht ausreichend Anstrengungen unternommen, um die Klimaziele einzuhalten- versagt die Bundesregierung seit Jahren. Aber auch das Land Berlin hat zu lange geschlafen. Mit Bündnis 90/Die Grünen in der Regierung ändert sich das; zuerst</p>	Übernahme

V-01: Mehr Frauen in die Parlamente. Berlin braucht ein Paritätsgesetz (von: Silke Gebel + Antje Kapek, u.a. (KV Mitte + KV Xhain))			
V-01-011	Tim Niclas Demisch (KV Treptow-Köpenick)	In Zeile 11 einfügen: Bund nicht selbst ein Paritätsgesetz vorlegt, <u>das sowohl das Bundes- als auch das Europawahlgesetz ändert.</u> werden wir als Land Berlin über den Bundesrat	Übernahme
V-01-013	Tim Niclas Demisch (KV Treptow-Köpenick)	In Zeile 13: Die Gleichberechtigung von Frauen ist nicht optional, sondern in der <u>Verfassungden Verfassungen</u>	Übernahme
V-01-025	Filiz Keküllüoğlu (Bunt-Grün)	Von Zeile 25 bis 26: gutes Stück entfernt. Wir setzen es uns daher selbst zur Aufgabe, verstärkt mehr Frauen zum politischen Engagement zu aktivieren und sie in der Partei gezielt zu fördern. <u>Noch düsterer steht es um den Anteil von Women of Colour bzw. Frauen mit Migrationsgeschichte in den Parlamenten. Wir setzen es uns daher selbst zur Aufgabe, verstärkt mehr Frauen zum politischen Engagement zu aktivieren und sie in der Partei gezielt zu fördern.</u>	ModÜ Keine Streichung; Ergänzen nach Z. 26: Dabei beziehen wir ein, dass marginalisierte und von Mehrfachdiskriminierung betroffene Frauen, zum Beispiel Frauen mit Behinderung, Women of Colour oder Trans*frauen, in Parteien (und Parlamenten) besonders unterrepräsentiert sind. Es ist unser erklärtes Ziel, und wir uns auch diesem Ungleichgewicht etwas proaktiv entgegenzusetzen.

V-01-026	Sebastian Walter und Anja Kofbinger (KV Tempelhof-Schöneberg und KV Neukölln)	<p>In Zeile 26 einfügen:</p> <p>politischen Engagement zu aktivieren und sie in der Partei gezielt zu fördern.</p> <p><u>Für uns steht fest, dass ein Berliner Paritätsgesetz nicht nur Frauen und Männer, sondern diskriminierungsfrei und inklusiv alle Wahlberechtigten einschließen muss – und damit auch für alle Berliner*innen gilt, die sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen (d.h. mit einem Personenstand ohne Geschlechtsangabe bzw. mit der Geschlechtsangabe „divers“).</u></p>	Übernahme
V-01-026-2	Dr. Bahar Haghanipour (Bunt-Grün)	<p>In Zeile 26:</p> <p>politischen Engagement zu aktivieren <u>bestärken</u> und sie in der Partei gezielt zu fördern.</p>	Übernahme
V-01-026-3	Filiz Keküllüoğlu (Bunt-Grün)	<p>Nach Zeile 26 einfügen:</p> <p><u>Es ist unser Ziel, hierbei auf Intersektionalität und Mehrfachzugehörigkeiten zu achten. Schließlich stellen Frauen keine homogene Gruppe dar; auch unter ihnen gibt es Machtgefälle wie z.B. zwischen weißen Frauen und Frauen of Colour oder mit Behinderung.</u></p>	<p>ModÜ: Einfügen nach Z. 26</p> <p>Grün steht für einen intersektionalen Feminismus, der antirassistisch und inklusiv ist.</p>
V-01-031	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 26.03.2019)	<p>In Zeile 31 einfügen:</p> <p>mindestens 50 % der Kandidierenden weiblich sind.</p> <p><u>Gleichzeitig muss die Gesetzesvorlage auch Personen mit dem Geschlechtseintrag "divers" berücksichtigen. Personen mit dem Geschlechtseintrag "divers" muss weiterhin die Möglichkeit gegeben werden, für Wahllisten zu kandidieren, ohne dass sie sich einem Geschlecht, das nicht ihr eigenes ist, zuordnen müssen.</u> Wir werden uns auf allen Ebenen dafür</p>	erledigt durch Ü V-01-26

V-01-031-2	Dr. Bahar Haghanipour (Bunt-Grün)	In Zeile 31: mindestens 50 % der Kandidierenden <u>Gewählten</u> weiblich sind. Wir werden uns auf allen Ebenen dafür	Übernahme
V-02-014	Heike Gleissner (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	In Zeile 14 einfügen: Antragsverfahren ausgezahlt werden und Armut effektiv abbauen. <u>Die vielfältigen - ggf. digitalisierten - Handlungsfeldern der Sozial-Verwaltung und Jugendhilfe sind in praxisnahen Präventionsketten gegen Kinderarmut zu bündeln.</u>	Mod.Ü. Die vielfältigen, auch digitalisierten Handlungsfelder von Verwaltung, Familienförderung und Jugendhilfe sind im Kampf gegen Kinderarmut auf allen Ebenen unter besonderer Berücksichtigung des Datenschutzes in praxisnahen Präventionsketten zu bündeln.
V-02-023	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 26.03.2019)	In Zeile 23 einfügen: Verfügung steht und sie auch am sozialen und kulturellen Leben teilhaben können. <u>Diese Teilhabe soll weiterhin auch durch bestehende Maßnahmen, wie Vergünstigungen, kostenlose Eintritte und Ähnliches gefördert werden.</u>	Übernahme

V-02-023-2	Heike Gleissner (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p>In Zeile 23 einfügen:</p> <p>Verfügung steht und sie auch am sozialen und kulturellen Leben teilhaben können.</p> <p><u>Für eine verbesserte Reichweite der Kinder-Grundsicherung, soll auch der Zugang zum "Sozialem Kapital" vom Senat und der angestrebten Bürgerratsinitiative miteinbezogen werden. Die Entfaltung des Kindes als Individuum als auch im Zusammenhalt von sozialräumlich bedingten Bezugsgruppen ist durch eine finanzielle Stabilität in der Grundversorgung begünstigt. Gesamt-gesellschaftlicher Mehrwert und empfundene Wertschätzung entsteht nicht nur aus der Kaufkraft, sondern vor allem aus der Förderung des Entwicklungspotentials der Heranwachsenden. Das Tolerieren von Kinderarmut würde alle in unserer Gesellschaft ärmer machen.</u></p>	erledigt durch Mod Ü V-02-014.
V-03: Müllverbrennung			
V-03-002	Georg Kössler (KV Neukölln)	<p>Von Zeile 2 bis 3 löschen:</p> <p>Begrenzung der Durchsatzmenge für die Müllverbrennungsanlage (MHKW) in Ruhleben auf 520.000-Tonnen pro Jahr rechtsverbindlich festschreiben.</p>	Übernahme

V-03-004	Georg Kössler (KV Neukölln)	<p>Von Zeile 4 bis 5:</p> <p>Die immissionsschutzrechtlich genehmigte Obergrenze zur Verbrennung von 520.000 Tonnen Restmüll pro Jahr darf nicht überschritten werden.</p> <p><u>Die Begrenzung der Durchsatzmenge für die Müllverbrennungsanlage (MHKW) in Ruhleben ist auf 520.000 Tonnen pro Jahr rechtsverbindlich festgeschrieben. Die immissionsschutzrechtlich genehmigte Obergrenze zur Verbrennung unseres Berliner Restmülls darf nicht überschritten werden wollen wir die Stadt wirklich zu einer "Zero Waste City" machen, wie es das Abgeordnetenhaus auf unsere Initiative hin beschlossen hat.</u></p>	Übernahme
V-03-008	Weischer, Semmler, Steinen, Fels, Gabriel, Friedrichsen, Braun, Höckh (TempelSchön)	<p>Von Zeile 8 bis 9:</p> <p>Jahrestonnen überschritten: 2017 bereits ca. 540<u>560.000</u>700 Jahrestonnen, 2018 dann 580<u>581.000</u>Jahrestonnen<u>947</u>. Diese Überschreitungen vollzog die BSR ohne Not, denn die Restmüllmenge aus</p>	Übernahme
V-03-009	Georg Kössler (KV Neukölln)	<p>Von Zeile 9 bis 12:</p> <p>Jahrestonnen. Diese Überschreitungen vollzog die BSR, ohne Not, denn<u>dass sich</u> die Restmüllmenge aus den Berliner Haushalten hat sich nicht entsprechend erhöht <u>haben</u>. Offenbar verfolgt die BSR damit eigene Interessen und eine Unternehmensstrategie, die <u>primär wirtschaftlich orientiert ist</u> <u>und</u> den Zielen der Grünen und den abfallwirtschaftlichen Zielen der Koalition zuwider läuft.</p>	Übernahme

V-03-017	Georg Kössler (KV Neukölln)	<p>Von Zeile 17 bis 20:</p> <p>Die <u>stillschweigende und nunmehr auch öffentlich angekündigte</u> Ausweitung der Müllverbrennung in Berlin setzt dagegen das Signal: Abfallvermeidung und Recycling greifen nicht und müssen <u>werden von der BSR</u> nicht mehr <u>vorrangig angestrebt werden. Das ist ein verheerendes Signal.</u> Damit droht die Abfallhierarchie aus dem Ruder zu laufen. Bemühungen zur Abfallvermeidung werden diskreditiert und das Leitbild „Zero Waste“ wird ausgehöhlt.</p>	Übernahme
V-03-020	Sperlich, Rosengart, Mügge, Byszio, Rosengart, Joy Khan (Spandau)	<p>Nach Zeile 20 einfügen:</p> <p><u>Eine Beschränkung der Müllverbrennung darf aber auf keinen Fall zur Folge haben, dass Teile des Berliner Mülls statt in Berlin zukünftig in anderen Ländern entsorgt werden. Das Müllproblem muss durch Reduzierung des anfallenden Mülls gelöst werden und darf nicht auf andere Regionen abgewälzt werden.</u></p>	Zurückgezogen

V-03-024	Georg Kössler (KV Neukölln)	<p>Von Zeile 24 bis 26:</p> <p>vereinbar. Die Durchsatzmenge rechtsverbindliche Festschreibung. <u>Wir erwarten, dass die BSR sich an den politischen Zielvorgaben des neuen Abfallwirtschaftskonzeptes orientiert und sich aktiv daran beteiligt, Berlin zu einer Zero-Waste Metropole umzubauen.</u> <u>Hierzu bedarf es vielfältiger Aktivitäten der BSR, u.a.:</u> <u>Die Biosammlung muss ausgebaut und organische Abfälle optimal verwertet werden. Rund 40 Prozent des Restmülls könnten theoretisch eingespart werden und gehören nicht ins MHKW.</u></p> <p><u>Sperrmüll darf nicht einfach verfeuert werden, sondern enthält viele Rohstoffe, die besser zu nutzen und zu recyceln sind.</u> <u>Deswegen muss die Sperrmüllsammlung optimiert werden, die Recyclinghöfe neu gestaltet und braucht Berlin ein Gebrauchtwarenkaufhaus, in dem das, was die einen nicht mehr wollen, anderen kostengünstig zur Nutzung zur Verfügung gestellt wird.</u> <u>Speisereste der Gastronomie sind ein wichtige Ressource für Biogas, die in Berlin noch immer nicht hinreichend genutzt werden.</u> <u>Deshalb bedarf es nicht nur einer konkreten Mitwirkung der BSR um die Ziele des AWK umzusetzen, indem z.B. die Abfallberatung konsequent ausgebaut wird, sondern es braucht insbesondere auch einer Anlagenstrategie, die den Erfordernissen des AWK Rechnung trägt.</u></p> <p><u>Da sich Müllverbrennung auch bei einer konsequenten Zero Waste Strategie mittelfristig noch nicht komplett vermeiden lässt muss sichergestellt sein, dass die dabei erzeugte Energie</u></p>	<p>mod. Ü ersetze Zeile 24 bis 26 durch: Wir erwarten, dass die BSR sich an den politischen Zielvorgaben des neuen Abfallwirtschaftskonzeptes orientiert und sich aktiv daran beteiligt, Berlin zu einer Zero-Waste Metropole umzubauen.</p> <p>Hierzu bedarf es vielfältiger Aktivitäten der BSR, u.a.:</p> <p>Die Biosammlung muss ausgebaut und organische Abfälle optimal verwertet werden. Rund 40 Prozent des Restmülls könnten theoretisch eingespart werden und gehören nicht ins MHKW.</p> <p>Sperrmüll darf nicht einfach verfeuert werden, sondern enthält viele Rohstoffe, die besser zu nutzen und zu recyceln sind. Deswegen muss die Sperrmüllsammlung optimiert werden, die Recyclinghöfe neu gestaltet und braucht Berlin ein Gebrauchtwarenkaufhaus, in dem das, was die einen nicht mehr wollen, anderen kostengünstig zur Nutzung zur Verfügung gestellt wird.</p> <p>Speisereste der Gastronomie sind ein wichtige Ressource für Biogas, die in Berlin noch immer nicht hinreichend genutzt werden.</p> <p>Deshalb bedarf es nicht nur einer konkreten Mitwirkung der BSR um die Ziele des AWK umzusetzen, indem z.B. die Abfallberatung konsequent ausgebaut wird, sondern es braucht insbesondere auch einer Anlagenstrategie, die den Erfordernissen des AWK Rechnung trägt.</p> <p>Da sich Müllverbrennung auch bei einer konsequenten Zero Waste Strategie mittelfristig noch nicht komplett vermeiden lässt muss sichergestellt sein, dass die dabei erzeugte Energie möglichst effizient verwertet wird und die vorhandenen technischen Kapazitäten (MHKW und 2 MPS Anlagen) im Hinblick auf die Stoffströme Berlins bei Restmüll und Gewerbemüll optimal eingesetzt werden. Die Verwertung von Restmüll kann für den Übergang noch einen Beitrag liefern, um Berlins Kohlekraftwerke zu ersetzen und Fernwärme etwas klimafreundlicher zu machen. Keinesfalls aber darf dies dazu führen, dass Berlin Müllverbrennungskapazitäten aufbaut, die die ehrgeizigen Zielvorgaben des AWKs konterkarieren und Berlin in die Situation bringen, dass aus betriebswirtschaftlichen Gründen die BSR Müll zur Verbrennung importieren muss oder aber ihr Beitrag an der Umsetzung des AWK hinter den ambitionierten Zielen der Koalition zurückbleibt. Die Durchsatzmengen der Müllverbrennung dürfen deshalb den Zielen des AWK nicht zuwiderlaufen. Wie oben ausgeführt darf die Obergrenze von 520 000 Jahrestonnen maximal zuzüglich einer Toleranz von 26 000 Jahrestonnen nicht überschritten werden.</p>
----------	-----------------------------	---	--

V-04: Kriminalität effektiv und nachhaltig reduzieren (von: Jan Fährmann + Lara Liese (LAG Demokratie und Recht + KV Mitte))			
V-04-001	Wolfgang Höckh, Lutz Weischer, Sebastian Walter, u.a.	Neuer Titel: Durch Resozialisierung erneute Straffälligkeit verhindern Nach Zeile 1 einfügen: <u>Durch Resozialisierung erneute Straffälligkeit verhindern</u>	mod Ü: Ersetze Zeile 1 durch: "Durch Resozialisierung Kriminalität effektiv und nachhaltig reduzieren"
V-04-015	Heike Gleissner (KV CharWilms)	In Zeile 15: Zugang zum Telefon und dem Internet gesetzlich klar und für die Gefangenen bezahlbar <u>und mit anonymisiertem Übertragungsursprung</u>	Übernahme
V-05: Transparenzgesetz			
V-05-012	Juliane Braun, Lutz Weischer, Wolfgang Höckh, Sebastian Walter, u.a.	Von Zeile 12 bis 13: Debatten zu ermöglichen. Im Zuge der Digitalisierung der Verwaltung und der kommenden e-Akte ist der dafür nötige Arbeitsaufwand drastisch gesunken. <u>Hierzu ist die Verwaltung frühzeitig mit angemessenen personellen und finanziellen Ressourcen zur Umsetzung sowie zum Betrieb auszustatten.</u>	mod Ü: ersetzen Zeile 12 bis 13 durch: "Im Zuge der Digitalisierung der Verwaltung und der kommenden e-Akte wird der dafür nötige Arbeitsaufwand drastisch sinken."

V-05-013	F Reinhardt, D Ehlers, E Molau, A Schmudde, P Meyer- Duncker (KV Lichtenberg)	In Zeile 13 einfügen: ist der dafür nötige Arbeitsaufwand drastisch gesunken. <u>Um diese Effizienzgewinne maximal nutzen zu können, werden die Mitarbeiter*innen der Verwaltung durch Einarbeitungsmaßnahmen sowie regelmäßige Schulungen in ausreichender Zahl bei der Umstellung auf die digitale Verwaltung unterstützt und vorbereitet.</u>	mod U: In Zeile 13 einfügen: "Um diese Effizienzgewinne maximal nutzen zu können, werden die Mitarbeiter*innen der Verwaltung durch Einarbeitungsmaßnahmen sowie regelmäßige Schulungen in ausreichender Zahl bei der Umstellung auf die digitale Verwaltung unterstützt und vorbereitet. Zur Umsetzung ist die Verwaltung frühzeitig mit angemessenen personellen und finanziellen Ressourcen auszustatten."
V-05-015	Heike Gleissner (KV Charlottenbu rg- Wilmersdorf)	In Zeile 15 einfügen: nachzuvollziehen. <u>Höhere Transparenz fördert die Korruptions-Prävention und -aufklärung. Dies hat positive Wirkung auf potentielle Investoren, Vertrauensbildung und ggf. auch auf die Lebensdauer von Business-Projekten. Es ist ein essentielles Kriterium für belastbare Wirtschaftskonzepte und für fairen Wettbewerb.</u>	Übernahme
V-06: Siemensca mpus			
V-06-005	Ronald Wenke (KV Steglitz- Zehlendorf)	In Zeile 5 einfügen: Forschung, Innovation und Produktion zu errichten. <u>Der Siemens-Innovationscampus ist eines der wichtigsten Standortentwicklungsprojekte der nächsten Jahre. Unser Ziel ist es, den Siemens-Innovationscampus als wirtschaftlichen Zukunftsort und neues Stadtquartier besonderer Art zu etablieren, in dem Wirtschaft, Wissenschaft und Wohnen integriert werden sollen.</u> Da es sich bei diesem Projekt um ein	Übernahme

V-06-025	Heike Gleissner (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p>In Zeile 25 einfügen:</p> <p>bieten.</p> <p><u>Auch den alten und neuen Mitarbeiter*innen sollen soziale Entwicklungsmöglichkeiten und pro-aktive Mitbestimmung abgeboten werden; da mit einer Neu-Strukturierung der Arbeits- und Forschungsfelder zu rechnen ist.</u></p>	Übernahme
V-06-035	Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p>Von Zeile 35 bis 39:</p> <p>Wir fordern deshalb den Senat auf, die Versorgung mit schienenengebundenen ÖPNV-Angeboten im gesamten nordöstlichen Bezirk Spandau deutlich zu verbessern und <u>sowie die Planungen für ein Straßenbahnnetz in Spandau vorzuziehen in die Planungen für die Siemensstadt zu integrieren und spürbar zu beschleunigen.</u> Die unter dem Namen „Siemensbahn“ <u>Siemensbahn</u> bekannte S-Bahnverbindung <u>Bahn-Trasse</u> sollte schnellstmöglich saniert und reaktiviert werden. In einem zweiten Schritt <u>Seit der Indienststellung der Strecke 1927 und der Stilllegung 1980 haben sich die Stadt und ihre Bedürfnisse aber vielfach verändert, deshalb ist davor zu prüfen, ob durch welche (multi)modale Nutzung dieser Trasse eine optimale Anbindung der Siemensstadt sowohl an Spandau selbst, als auch an die Siemensbahn weitere Gebiete Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf und Berlin-Mitte erfolgen kann und ob in Spandau erschließen kann diesem Zusammenhang neben einer Sanierung auch eine Ertüchtigung erforderlich ist. Dabei sind vorhandene Bauleistungen auch außerhalb der Siemensbahn zu berücksichtigen.</u></p>	<p>mod U von Zeile 35-39: "Wir fordern deshalb den Senat auf, die Versorgung mit schienenengebundenen ÖPNV-Angeboten im gesamten nordöstlichen Bereich des Bezirks Spandau deutlich zu verbessern, sowie die Planungen für ein Straßenbahnnetz in Spandau in die Planungen für die Siemensstadt zu integrieren und spürbar zu beschleunigen. Die unter dem Namen Siemensbahn bekannte S-Bahn-Trasse sollte schnellstmöglich saniert und reaktiviert werden. Seit der Indienststellung der Strecke 1927 und der Stilllegung 1980 haben sich die Stadt und ihre Bedürfnisse aber vielfach verändert. Deshalb ist auch zu prüfen, ob die Siemensbahn weitere Gebiete in Spandau erschließen kann.</p>
V-06-043	Manuela Gabriel (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV)	<p>In Zeile 43 einfügen:</p> <p>Oberschulplätzen, aber auch Jugendfreizeiteinrichtungen im Bezirk begegnet werden kann. <u>Ebenso fordern wir, dass auch die Versorgung mit öffentlichen Sportplätzen und Sporthallen (für den Schul-, Freizeit-, Vereins- und Betriebssport) sichergestellt wird.</u></p>	Übernahme

V-07: Polizei- und Versamml ungsrecht			
V-07-001	Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)	<p>Neuer Titel: Für ein Bürger*innenrechtsfreundliches Polizei- und Versammlungsfreiheitsrecht in Berlin</p> <p>In Zeile 1:</p> <p>Für ein Bürger*innenrechtsfreundliches Polizei- und Versammlungsrecht <u>Versammlungsfreiheitsrecht</u> in Berlin</p>	Übernahme
V-07-001-2	Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)	<p>In Zeile 1:</p> <p>Für ein Bürger*innenrechtsfreundliches <u>Freiheitsrechtsfreundliche</u> <u>s</u> Polizei- und Versammlungsrecht in Berlin</p>	Übernahme
V-07-004	Daniela Ehlers (Berlin Lichtenberg KV)	<p>Von Zeile 4 bis 6:</p> <p>sind die Bürger*innenrechte <u>Grund- und Freiheitsrechte</u> ständig abgebaut worden. Bündnis 90 / Die Grünen wollen Bürger*innenrechte <u>Grund- und Freiheitsrechte</u> stärken. Denn die tatsächlichen Bedrohungen der inneren Sicherheit gehen nicht von Bürger*innen <u>Menschen</u> aus, die ihre demokratischen Rechte ausüben!</p>	Übernahme
V-07-014	Daniela Ehlers (Berlin Lichtenberg KV)	<p>Von Zeile 14 bis 15:</p> <p>von Bürger*innen <u>Berliner*innen</u> und Polizist*innen auf Augenhöhe ermöglichen. Infolge der Entwicklungen der letzten Jahre ist deswegen vor allem eine Stärkung der Bürger*innenrechte <u>Grund- und Freiheitsrechte</u> nötig und möglich,</p>	Übernahme

V-07-028	Daniela Ehlers (Berlin Lichtenberg KV)	<p>In Zeile 28:</p> <p>Polizist*innen, als auch Bürger*innen <u>Berliner*innen</u> bei Missständen wenden können: der bzw. des</p>	Übernahme
V-07-033	J Brix, K Wesbuer (KV CharWilms, Pankow)	<p>In Zeile 33 einfügen:</p> <p>Grünen Berlin fordern deswegen schon seit langem eine unabhängige Polizeibeauftragte, <u>die außerhalb der Polizei angesiedelt ist</u>. Wir</p>	Übernahme
V-07-041	Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)	<p>In Zeile 41:</p> <p>Ein liberales Versammlungsrecht <u>Versammlungsfreiheitsrecht</u></p>	Zurückgezogen
V-07-043	Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)	<p>Von Zeile 43 bis 44:</p> <p>kommende Berliner Versammlungsrecht <u>Versammlungsfreiheitsrecht</u> als Vorbild für demokratiefördernde und grundrechtsbezogene Versammlungsgesetze <u>Versammlungsfreiheitsgesetze</u> dienen soll. Berlin ist die Hauptstadt der</p> <p>In Zeile 47:</p> <p>in der politischen Auseinandersetzung. Es wird Zeit, dass das Versammlungsrecht <u>Versammlungsfreiheitsrecht</u> dies</p>	Zurückgezogen
V-07-052	Daniela Ehlers (Berlin Lichtenberg KV)	<p>Von Zeile 52 bis 53:</p> <p>zurückbleiben. Dieses Gesetz muss <u>und die Überlegungen von Bündnis/90 die Grünen in Schleswig-Holstein, Sachsen und in der BAG Demokratie und Recht müssen</u> der Maßstab für das Berliner Gesetz sein, was natürlich – gemäß der Ankündigung – noch liberaler <u>als das in SH</u> sein soll.</p>	Übernahme

V-07-054	Daniela Ehlers (Berlin Lichtenberg KV)	<p>In Zeile 54:</p> <p>Wichtigster Zweck eines liberalen Versammlungsgesetzes <u>Versammlungsfreiheitsgesetzes</u> ist der weitreichende und effektive</p>	Übernahme
V-07-074	Tim Niclas Demisch (KV Treptow-Köpenick)	<p>Nach Zeile 74 einfügen:</p> <p><u>Zudem ist eine liberale Regelung für kurzfristig geplante Versammlungen zu schaffen, die die Kriterien einer Spontan- oder Eilversammlung, wie sie das Bundesverfassungsgericht formuliert hat, nicht erfüllen. Eine polizeiliche Möglichkeit zur Auflösung solcher Versammlungen nur aus dem Grund, dass die Anmeldefrist nicht eingehalten wurde, ist ein tiefer Einschnitt in die Versammlungsfreiheit.</u></p>	mod Ü nach Zeile 74 einfügen: "Die Versammlungsfreiheit umfasst das Recht, sich jederzeit ohne Anmeldung zu versammeln. Deshalb ist eine liberale Regelung für kurzfristig geplante Versammlungen zu schaffen. Das gilt gerade auch für Versammlungen, die die Kriterien des Bundesverfassungsgerichts für Spontan- und Eilversammlungen nicht erfüllen. Die Möglichkeit zur Auflösung solcher Versammlungen wegen einer Nicht-Einhaltung der Anmeldefrist ist ein tiefer und unangemessener Einschnitt in die Versammlungsfreiheit, der verfassungsrechtlich nicht tragbar ist und auch gesetzlich ausgeschlossen sein sollte."
V-07-074-2	Tim Niclas Demisch (KV Treptow-Köpenick)	<p>In Zeile 74 einfügen:</p> <p>es hierfür schon an einem legitimen Zweck fehlt.</p> <p><u>Weiterhin muss klargestellt werden, dass die verfassungsgemäße Versammlungsfreiheit über staatlichen Bestimmungen wie der Schulpflicht steht. Unter diesem Hintergrund ist eine Bestrafung oder einschränkende Maßnahme aufgrund einer Versammlungsteilnahme keineswegs gerechtfertigt.</u></p>	Zurückgezogen
V-07-077	Daniela Ehlers (Berlin Lichtenberg KV)	<p>In Zeile 77:</p> <p>Bürger*innen <u>Menschen</u> davon abgehalten, diese Stellung einzunehmen. Das führt zu einer Einschränkung</p>	Übernahme
V-07-082	Daniela Ehlers (Berlin Lichtenberg KV)	<p>In Zeile 82:</p> <p>und der Freiheitsrechte der Bürger*innen in <u>Menschen in</u> dieser Stadt. Zwischen beiden Positionen muss</p>	Übernahme

V-07-083	Vasili Franco (Berlin- Friedrichshai n/Kreuzberg KV)	<p>Von Zeile 83 bis 99:</p> <p><u>Selbstverständlich nehmen wir dabei das Sicherheitsgefühl der Menschen in Berlin sehr ernst. Das neue Polizeigesetz soll sowohl die tatsächliche Sicherheit als auch die gefühlte Sicherheit der Menschen in Berlin verbessern. Allerdings sehen wir es kritisch, dass Sicherheitsdebatten oftmals vorgehalten werden, um die Türen für die anlasslose oder anlassbezogene Videoüberwachung und weitere polizeiliche Überwachungsmöglichkeiten massiv auszuweiten. Die Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir ab. Gerade im Bereich der Ausweitung und Nutzung von Videomaterial erleben wir eine Kampagne von Desinformation und populistischer Stimmungsmache. Wir stehen dabei gerade bei den Fragen des eingriffsintensiven Polizeirechts für eine Versachlichung der Debatten über zielführende Maßnahmen.</u></p> <p><u>Der im Koalitionsvertrag vorgesehene zweijährige Probelauf für Bodycams bei Polizist*innen ist aus unserer Sicht in jedem einzelnen Fall mit einem gravierenden Grundrechtseingriff verbunden. Daher lehnen wir die Einführung von Bodycams ab. Auch der Testlauf darf höchstens in einem klar beschränkten, eingegrenzten und geringfügigen Umfang konzipiert werden. Dafür müssen bereits im Vorfeld klare, nachvollziehbare, messbare und wissenschaftlich fundierte Evaluationskriterien vereinbart werden.</u></p> <p>Im Polizeirecht darf es deshalb nicht innerhalb der Polizei- Eine Bodycam muss sowohl dem Schutz der Polizist*innen, als auch demjenigen der Bürger*innen dienen: alles andere ist ungerecht!</p> <p><u>Es ist auch für den Testlauf gesetzlich sicherzustellen, dass die*der Polizeibeauftragte sowie Betroffene jederzeit Zugriff auf</u></p>	<p>mod U ersetze Zeile 83 bis 99 durch: „Das neue Polizeigesetz soll die tatsächliche und gefühlte Sicherheit der Menschen in Berlin verbessern. Allerdings sehen wir es kritisch, dass Sicherheitsdebatten oftmals vorgeschoben werden, um polizeiliche Überwachungsmöglichkeiten massiv auszuweiten. Die Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir ab. Gerade in diesem Bereich erleben wir eine Kampagne, die von Desinformation und populistischer Stimmungsmache geprägt ist. Wir stehen dabei für eine Versachlichung der Debatten über zielführende Maßnahmen. Der im Koalitionsvertrag vorgesehene zweijährige Probelauf für Bodycams bei Polizist*innen ist aus unserer Sicht in jedem einzelnen Fall mit einem gravierenden Grundrechtseingriff verbunden. Daher sehen wir das Projekt sehr kritisch. Der Testlauf muss daher klar beschränkt sein. Dafür werden im Vorfeld klare, nachvollziehbare, messbare und wissenschaftlich fundierte Evaluationskriterien vereinbart. Auch muss der Grundsatz gelten: Gleiche Rechte für Polizist*innen und Gefilmte. Beide müssen Zugang zu den aufgenommenen Daten haben. Die Persönlichkeitsrechte der Gefilmten sind zu wahren. Hierzu benötigen die Gefilmten einen gerichtlich durchsetzbaren Anspruch. Auch darf es nicht alleine im Ermessen der Polizei stehen, die Kamera ein- und auszuschalten. Vielmehr soll die Polizei in objektiv konflikträchtigen Situationen und auf Verlangen der Betroffenen zum Einschalten der Kamera verpflichtet sein. Sollte entgegen dieser Verpflichtung die Kamera nicht oder nicht rechtzeitig eingeschaltet werden und die Aufnahmen daher unvollständig sein, ist im Regelfall ein Verwertungsverbot und ggf. Disziplinarstrafen zu verhängen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass eine Kamera etwaiges polizeiliches Fehlverhalten nicht aufzeichnet, da dieses von Polizist*innen naturgemäß ungerne aufgenommen wird.“</p>
----------	--	--	--

V-07-086	Daniela Ehlers (Berlin Lichtenberg KV)	<p>Von Zeile 86 bis 90:</p> <p>tatbestandliche Voraussetzungen geknüpft sein. Sofern der Einsatz von sog. Bodycams, <u>den wir nicht zuletzt aus einer Datenschutzrechtlichen Frage heraus sehr kritisch sehen</u>, im Polizeirecht festgeschrieben wird, gilt der Grundsatz: gleiche Rechte für Polizist*innen und Bürger*innen<u>Gefilmten</u>. Beide müssen Zugang zu den aufgenommenen Daten haben. Hierzu benötigen die Bürger*innen<u>Gefilmten</u> einen gerichtlich durchsetzbaren Anspruch. Auch darf es nicht alleine-im Ermessen der Polizei stehen, die Kamera einzuschalten<u>ein- oder auszuschalten</u>. Vielmehr soll die Polizei in objektiv</p> <p>In Zeile 93 einfügen:</p> <p>erheblich zu mindern oder sogar ein Verwertungsverbot zu verhängen. <u>Auch über Disziplinarstrafen ist in einem solchen Fall nachzudenken</u>. Andernfalls besteht die</p> <p>Von Zeile 98 bis 99:</p> <p>Ermittlungen innerhalb der Polizei. <u>Dabei müssen die Aufnahmen allen von den Aufnahmen und dem polizeilichen Handeln betroffenen zugänglich gemacht werden und dabei die Persönlichkeitsrechte aller Gefilmten gewahrt werden</u>. Eine Bodycam muss sowohl dem Schutz der Polizist*innen, als auch demjenigen der Bürger*innen<u>Gefilmten</u> dienen: alles andere ist ungerecht!</p>	erledigt durch mod Ü V07-083
----------	--	---	------------------------------

V-07-086-2	Landesvorst and GJ Berlin (beschlossen am: 29.03.2019)	<p>Von Zeile 86 bis 99 löschen:</p> <p>tatbestandliche Voraussetzungen geknüpft sein. Sofern der Einsatz von sog. Bodycams im Polizeirecht festgeschrieben wird, gilt der Grundsatz: gleiche Rechte für Polizist*innen und Bürger*innen. Beide müssen Zugang zu den aufgenommenen Daten haben. Hierzu benötigen die Bürger*innen einen gerichtlich durchsetzbaren Anspruch. Auch darf es nicht alleine im Ermessen der Polizei stehen, die Kamera einzuschalten. Vielmehr soll die Polizei in objektiv konflikträchtigen Situationen zum Einschalten der Kamera verpflichtet sein. Sollte entgegen dieser Verpflichtung die Kamera nicht eingeschaltet werden, ist der Beweiswert der Aufnahmen erheblich zu mindern oder sogar ein Verwertungsverbot zu verhängen. Andernfalls besteht die Gefahr, dass eine Kamera etwaiges polizeiliches Fehlverhalten nicht aufzeichnet, da dieses von Polizist*innen naturgemäß ungern aufgenommen wird. Wie alle anderen Menschen dokumentieren diese ihr eigenes Fehlverhalten im Regelfall nicht. Die Daten der Bodycam sind also für alle Arten von Ermittlungen zu verwenden, insbesondere auch für interne Ermittlungen innerhalb der Polizei. Eine Bodycam muss sowohl dem Schutz der Polizist*innen, als auch demjenigen der Bürger*innen dienen: alles andere ist ungerecht!</p>	erledigt durch V07-83
------------	---	--	-----------------------

V-07-099	LAG Netzpolitik (beschlossen am: 28.03.2019)	<p>In Zeile 99 einfügen:</p> <p>als auch demjenigen der Bürger*innen dienen: alles andere ist ungerecht!</p> <p><u>Wir setzen uns für eine digitale Sicherheitspolitik ein, die dem Schutz der Privatsphäre und der Erwartung an die Sicherheit von informationstechnischen Systemen eine wichtige Bedeutung zumisst. Insbesondere lehnen wir daher polizeiliche Befugnisse ab, die in die digitale Privatsphäre der Bürger eingreifen, sofern für die Einführung oder Beibehaltung solcher Maßnahmen schon kein ausreichender Grund besteht oder deren Ausgestaltung zumindest nicht verhältnismäßig ist. Auch die technische Ausführung muss die Einhaltung von Sicherheitsstandards gewährleisten.</u></p> <p><u>Wir erachten normenklare und rechtsstaatlich orientierte Regelungen für den Einsatz neuer Technologien bei der Polizei für sinnvoll und notwendig. Viele Maßnahmen wirken gerade deshalb besonders invasiv, weil sie heimlich erfolgen. Sofern dies möglich und vertretbar ist und den Erfolg der polizeilichen Maßnahmen nicht gefährdet, wollen wir Betroffene im Nachhinein in Kenntnis setzen. Die sogenannte „stille SMS“ lehnen wir ab, sofern sie der Anfertigung von präzisen Bewegungsprofilen dient. Auch die vereinzelte Versendung „stiller SMS“ im Rahmen von Observation wollen wir nur zulassen, soweit die Erforderlichkeit dieser Maßnahme belegt werden kann und die Ausgestaltung der Befugnis dem Verhältnismäßigkeitsprinzip genügt. Insofern bedarf es jedenfalls eines Richtervorbehalts und eines restriktiven Anwendungsbereich, der die Durchführung der Maßnahme auf wenige, besonders bedeutsame Rechtsgüter beschränkt.</u></p>	<p>mod U: Füge nach Zeile 99 ein: "Wir setzen uns für eine digitale Sicherheitspolitik ein, die dem Schutz der Privatsphäre und der Erwartung an die Sicherheit von informationstechnischen Systemen eine wichtige Bedeutung zumisst. Insbesondere lehnen wir daher polizeiliche Befugnisse ab, die in die digitale Privatsphäre der Bürger eingreifen, sofern für die Einführung oder Beibehaltung solcher Maßnahmen schon kein ausreichender Grund besteht oder deren Ausgestaltung zumindest nicht verhältnismäßig ist. Auch die technische Ausführung muss die Einhaltung von Sicherheitsstandards gewährleisten.</p> <p>Wir erachten normenklare und rechtsstaatlich orientierte Regelungen für den Einsatz neuer Technologien bei der Polizei für sinnvoll und notwendig. Viele Maßnahmen wirken gerade deshalb besonders invasiv, weil sie heimlich erfolgen. Sofern dies möglich und vertretbar ist und den Erfolg der polizeilichen Maßnahmen nicht gefährdet, wollen wir Betroffene im Nachhinein in Kenntnis setzen. Die sogenannte „stille SMS“ lehnen wir ab, sofern sie der Anfertigung von präzisen Bewegungsprofilen dient. Auch die vereinzelte Versendung „stiller SMS“ im Rahmen von Observation wollen wir nur zulassen, soweit die Erforderlichkeit dieser Maßnahme belegt werden kann und die Ausgestaltung der Befugnis dem Verhältnismäßigkeitsprinzip genügt. Insofern bedarf es im Falle einer oder mehrerer stiller SMS im Rahmen der Observation jedenfalls eines Richtervorbehalts und eines restriktiven Anwendungsbereich, der die Durchführung der Maßnahme auf wenige, besonders bedeutsame Rechtsgüter beschränkt. Telekommunikationsüberwachung – wie etwa Telefonüberwachung – stehen wir im Grundsatz ebenfalls kritisch gegenüber und fordern insofern besonders eindringlich, klare gesetzliche Regelungen der Befugnisse, die sich eindeutig mit Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vereinbaren lassen müssen. Online-Durchsuchungen und Quellen-TKÜ lehnen wir generell ab, weil diese Maßnahmen das Ausnutzen von Sicherheitslücken voraussetzen und damit auf nicht zu rechtfertigende Weise eine verwundbare Infrastruktur schaffen und aufrechterhalten"</p>
----------	--	---	---

V-07-099-2	Johannes Simon Stuve (Berlin-Pankow KV)	<p>In Zeile 99 einfügen:</p> <p>als auch demjenigen der Bürger*innen dienen: alles andere ist ungerecht! <u>Der Einsatz einer Bodycam darf nur zulässig sein, wenn die Datenhoheit des Landes sichergestellt ist. Weder private Unternehmen noch andere Staaten dürfen Zugriff auf die Daten erlangen können. Dafür soll der/dem Landesdatenschutzbeauftragten ein umfängliches Prüfrecht des technischen Vorgangs und die Möglichkeit eingeräumt werden, Verwendung der Bodycams bereits beim bloßen Verdacht auf Verletzungen des Datenschutzrechts zu untersagen.</u></p>	Übernahme
V-07-110	LAG Netzpolitik (beschlossen am: 28.03.2019)	<p>In Zeile 110 einfügen:</p> <p>sind (etwa schwere Straftaten). <u>Die pauschale Erweiterung von Datenerhebungs- und Datenspeicherungsbefugnissen „auf Vorrat“ lehnen wir daher ab, da die damit einhergehende Vorverlagerung dem Übermaßverbot widerspricht. Wir fordern klare Regeln für die Qualitätssicherung von gespeicherten Daten und zur Beachtung von Datenschutzrechten unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Datensparsamkeit. Eine behutsame Kompetenzerweiterung wollen wir nur zulassen, wenn die zu lösenden Probleme nicht auf anderem Weg angegangen werden können – etwa durch eine Verbesserung der Datenauswertung, die durch unabhängiges Fachpersonal vorangetrieben und evaluiert werden soll.</u></p>	Übernahme
V-08: Elektrokleintransportfahrzeuge			

V-08-002 (Fortsetzung nächste Zeile)	Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p>Neuer Titel: Elektrokleinstfahrzeuge: Für ein faires Miteinander</p> <p><u>(Globalalternative zu V-08!)</u> ELEKTROKLEINSTFAHRZEUGE: FÜR EIN FAIRES MITEINANDER!</p> <p><u>Neue technische Möglichkeiten verändern unsere Mobilität. Elektrokleinstfahrzeuge - kleine, wendige, materialsparende Flitzer - sind schon heute an vielen Stellen in unserer Stadt ein deutliches Zeichen für diese Veränderung. Und wir heißen diese Veränderung willkommen.</u></p> <p><u>Das zuständige Bundesverkehrsministerium schafft mit der "Verordnung über die Teilnahme von Elektrokleinstfahrzeugen am Straßenverkehr und zur Änderung weiterer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften" endlich den Rahmen, damit der gelebte Alltag auf unseren Straßen rechtlich abgesichert wird. Der Blick in die Verordnung und in die Realität anderer Städte zeigt aber auch, dass wir vor Ort Klärstellungen vornehmen müssen, um ein positives Miteinander zu ermöglichen. Klare Regeln für ein faires Miteinander. Regeln, die wir auch kurzfristig im Mobilitätsgesetz festhalten werden.</u></p> <p>DER GEHWEG IST ZUM GEHEN DA!</p> <p><u>Der Blick in die Verordnung des Bundes zeigt: Als Elektrokleinstfahrzeuge gelten zukünftig Fahrzeuge mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von 6-20 km/h mit bis zu 55 kg Eigengewicht, 70 cm Breite und 2 m Länge. "Klein" ist</u></p>	<p>mod U: ersetze Zeile 2 bis 42 durch:</p> <p>"Neue technische Möglichkeiten verändern unsere Mobilität. Elektrokleinstfahrzeuge - klein, wendig, emissionsfrei - sind schon heute in vielen Städten weltweit ein deutliches Zeichen für diese Veränderung. Wir heißen diese Veränderung willkommen.</p> <p>Mit der "Verordnung über die Teilnahme von Elektrokleinstfahrzeugen am Straßenverkehr und zur Änderung weiterer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften" (eKFV) des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) können Menschen bald endlich auch in Deutschland mit Elektrokleinstfahrzeugen (eKF oder PLEV - Personal Light Electric Vehicles) legal am Straßenverkehr teilnehmen.</p> <p>Besonders durch die vielen Sharing-Anbieter kommen damit Herausforderungen auf Berlin zu, die durch starke Regelungen aktiv gesteuert werden müssen. Erfahrungen aus anderen Städte weltweit zeigen, welche Probleme auftreten können, aber auch welche Chancen diese Angebote bieten.</p> <p>Von diesen Erfahrungen wollen wir lernen und kurzfristig die Rahmenbedingungen für Berlin gestalten.</p> <p>Wir fordern:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eKF müssen im Mobilitätsgesetz (MobG BE) Beachtung finden. 2. Die Einrichtung von Abstellplätzen für Fahrräder und eKF an allen Kreuzungsbereichen von Straßen StEP III, IV und untergeordnete. Dies soll nicht zu Lasten des Umweltverbundes geschehen. 3. Schnellen massiven Ausbau von sicheren Radverkehrsanlagen, deren Breite die sichere Mitbenutzung durch eKF ermöglicht, zum Beispiel Fahrradstraßen und Protected Bike Lanes. 4. Berlin soll sich dafür einsetzen, dass eKF unabhängig von der bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit nicht auf Gehwegen gefahren werden dürfen (entgegen §10(3) bzw. (5) eKFV). <p>(Fortsetzung nächste Zeile)</p>
---	--	--	--

V-08-002 Fortsetzung			<p>(Fortsetzung der ModÜ zu V-08-002)</p> <p>5. Die Unternehmen, die eKF oder Fahrräder im öffentlichen Straßenraum zum (Kurzzeit-) Verleih anbieten, mit einem geeigneten Instrument zu motivieren, ihre Nutzungsgebiete auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten.</p> <p>6. Die Unternehmen, die eKF oder Fahrräder im öffentlichen Straßenraum zum (kurzzeit-) Verleih anbieten, zu verpflichten, ihre Nutzungs- und Fahrzeugdaten anhand der Mobility Data Specification anonymisiert zu veröffentlichen, um den Mobilitätswandel wissenschaftlich begleiten.</p> <p>7. Geeignete Maßnahmen, um die Anbieter zum Einsatz langlebigerer und damit ökologisch nachhaltigerer Fahrzeuge, sowie zur Energieversorgung mit ökologisch erzeugtem Strom zu bewegen.</p> <p>8. Bei den Tarifen des VBB sollen eKF ihrer Größe entsprechend Falträdern (gefaltet kostenlos), bzw. Fahrrädern (Fahrradticket) gleichgestellt werden. Außerdem sollen bei der Beschaffung neuer Fahrzeuge ausreichend Mitnahmekapazitäten für Fahrräder und eKF eingeplant werden.</p> <p>9. Berlin soll sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass eKF im Sinne der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung, ähnlich wie in Österreich als Pedelecs eingestuft werden. Dadurch würden die gesetzlichen Rahmenbedingungen stark vereinfacht, was den Erwerb durch Privatpersonen deutlich attraktiver macht.</p> <p>10. Berlin soll sich dafür einsetzen, dass eine EU-weit einheitliche Regelung für die Zulassung von eKF umgesetzt wird. Diese soll auch die ökologischen und menschenrechtlichen Probleme, die immer noch bei Batterieherstellung und -recycling auftreten angehen.</p> <p>Elektrokleinstfahrzeuge begeistern Menschen weltweit und haben das Potential, den innerstädtischen Verkehr zu revolutionieren. Wer, aus welchen Gründen auch immer, Kurzstrecken nicht mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurücklegen möchte, bekommt mit den Elektrokleinstfahrzeugen eine dritte Alternative zu Autofahrten auf kurzen Strecken zur Verfügung gestellt. Dadurch kommen wir unserer Vision von einer lebenswerten Stadt ohne Abgase einen entscheidenden Schritt näher. Lasst uns diese Chance gemeinsam nutzen!</p>
V-08-015	Harald Moritz (Berlin- Treptow/Köp- enick KV)	<p>Von Zeile 15 bis 16:</p> <p>2. Umwidmung von PKW-Parkplätzen in Abstellplätze für Fahrräder und eKF und Einrichtung von solchen Abstellplätzen in allen Kreuzungsbereichen von Straßen</p> <p><u>2. Die Einrichtung von Abstellplätzen für Fahrräder und eKF an allen Kreuzungsbereichen von Straßen.</u></p>	erledigt durch V08-002
V-08-018	Harald Moritz (Berlin- Treptow/Köp- enick KV)	<p>In Zeile 18:</p> <p>3. Schnelleren massiven Ausbau von sicheren Radverkehrsanlagen, deren Breite die</p>	erledigt durch V08-002

V-08-021	Harald Moritz (Berlin-Treptow/Köpenick KV)	<p>Von Zeile 21 bis 23 löschen:</p> <p>4. Verzicht auf den Einsatz des Verkehrszeichens "Elektrokleinstfahrzeuge mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von nicht weniger als 12 km/h frei" auf Gehwegen unter 5m Breite.</p>	erledigt durch V08-002
V-08-024	Harald Moritz (Berlin-Treptow/Köpenick KV)	<p>Von Zeile 24 bis 26 löschen:</p> <p>5. Eine Abgabe von Unternehmen, die eKF oder Fahrräder im öffentlichen Straßenraum zum (Kurzzeit-) Verleih anbieten, die sich nach Fahrzeuganzahl und Einsatzgebieten richtet.</p>	erledigt durch V08-002
V-08-027	Heike Gleissner (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)	<p>Von Zeile 27 bis 29:</p> <p>6a. Die Unternehmen, die eKF oder Fahrräder im öffentlichen Straßenraum zum (kurzzeit-) Verleih anbieten, zu verpflichten, ihre Fahrzeugdaten anhand der Mobility Data Specification zu veröffentlichen.</p> <p><u>6b. Und zu Auskünften zur Nachhaltigkeit der Gesamt-Business-Strategie anregen, wie z.B. "MaaS - Mobility as a Service". Dies kann auch durch positive Anreize wie CleanTech- oder Smart City - Wettbewerbe geschehen. "MaaS" ist die Kombination verschiedener Mobilitätsdienste, meist mit einer gemeinsamen digitalen Verwaltung und Kunden-Schnittstelle für den den gesamten Routenverlauf</u></p>	erledigt durch V08-002

V-08-032	Harald Moritz (Berlin-Treptow/Köpenick KV)	<p>Von Zeile 32 bis 34:</p> <p>8. Bereitstellung ausreichender Mitnahmekapazitäten im ÖPNV, um die Verknüpfung beider Verkehrsträger zu ermöglichen, da eine zunehmende Verbreitung privater eKF zu erwarten ist.</p> <p><u>Bei den Tarifen des ÖPNV sollen eKF mit Falträdern oder größeren Gepäckstücken gleichgestellt werden.</u></p>	erledigt durch V08-002
V-08-037	Harald Moritz (Berlin-Treptow/Köpenick KV)	<p>In Zeile 37 einfügen:</p> <p>(entgegen §10(3) <u>bzw. (5)</u> eKFV).</p>	erledigt durch V08-002
V-08-040	Grüne Jugend Berlin (beschlossen am: 26.03.2019)	<p>In Zeile 40 einfügen:</p> <p>muss, ähnlich wie Pedelecs als Fahrrad eingestuft werden.</p> <p><u>11. Berlin soll sich dafür einsetzen, dass die Stromversorgung der eKF mit ökologischem Strom erfolgt. Auch bei der Herstellung der Batterien, die für die eKF benötigt werden, muss auf ökologische sowie menschenrechtliche Kriterien geachtet werden.</u></p>	erledigt durch V08-002
V-08-040-2	Ruben Joachim (Berlin-Pankow KV)	<p>In Zeile 40 einfügen:</p> <p>muss, ähnlich wie Pedelecs als Fahrrad eingestuft werden.</p> <p><u>11. Berlin soll sich dafür einsetzen, dass eine EU-weit einheitliche Regelung für die Zulassung von eKF umgesetzt wird</u></p>	erledigt durch V08-002
V-09: Silvesterfeuerwerk			

V-09-010	Tabea Schoch, Juliane Braun, u.a.	<p>In Zeile 10 einfügen:</p> <p>deshalb, dass das Verbot von Sprengstoffverkauf an <u>Privatpersonen und der Nutzung von Sprengstoff durch Privatpersonen</u> auch an Silvester</p>	Übernahme
V-09-022	LAG Tierschutzpolitik (beschlossen am: 27.03.2019)	<p>Von Zeile 22 bis 26:</p> <p>Für die Tiere in der Stadt sind Feuerwerkskörper höchst gefährlich. <u>Viele Vögel fliegen infolge der Böllerei und der Lichtspektakel orientierungslos in die Höhe und überleben die folgende Erschöpfung nicht. Sicher ist, dass auch artgeschützte Tiere extrem gestört werden und über Silvester zu Tode kommen. Andere Wildtiere und in Menschenhand lebende Tiere in Privathaushalten, Tierheimen und Zoos erleiden starke Ängste. An Neujahr werden regelmäßig tote oder verletzte Tiere gefunden. Säugetiere wie Füchse können Gehörschäden erleiden. Winterschlafhaltende Tiere wie Igel werden durch die Knallkörper aufgestört, wodurch sie lebenswichtige Energiereserven verlieren.</u></p> <p><u>Viele Vögel flüchten infolge der Böllerei und der Lichtspektakel panisch um ein Zehnfaches ihrer sonstigen Flughöhe in die Luft und verenden aufgrund der darauffolgenden Erschöpfung. Familienverbände und Schwärme werden durch die Flucht auseinander gerissen, die Vögel können orientierungslos gegen Hindernisse fliegen.</u></p> <p><u>Andere Wildtiere und in Menschenhand lebende Tiere in Privathaushalten und Tierheimen erleiden starke Ängste. Zoo, Tierpark und das Tierheim baten zuletzt 2018 um eine freiwillige Einschränkung und Rücksichtnahme beim Feuerwerk.</u></p>	Übernahme

V-09-035	Tabea Schoch, Juliane Braun, Jana Friedrichsen, u.a.	<p>Von Zeile 35 bis 37:</p> <p>Das Verkaufsrecht <u>Verkaufs- und Nutzungsrecht</u> von Feuerwerkskörpern wird aktuell auf Bundesebene <u>geregelt</u>. Deshalb fordern wir das Land Berlin auf, eine Bundesratsinitiative zum bundesweiten Verkaufsverbot <u>Verbot des Verkaufs und der Nutzung</u> von Feuerwerkskörpern an <u>bzw. durch</u> Privatpersonen zu starten.</p>	Übernahme
V-10: Mehrwegwindeln			
V-10-001	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 06.03.2019)	<p>Von Zeile 1 bis 3 löschen:</p> <p>Förderung der Verwendung von Mehrwegwindeln für Säuglinge und Kleinkinder zur Förderung der Kindergesundheit und zur Schonung der Umwelt durch Verminderung von Plastikaufbereitung und -müll</p>	Übernahme
V-10-004	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 06.03.2019)	<p>Von Zeile 4 bis 7 löschen:</p> <p>Der Berliner Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen wird beauftragt sich dafür einzusetzen, die Verwendung von Mehrwegwindeln für Säuglinge und Kleinkinder im Land Berlin in dem Sinne zu fördern, dass die Verwendung von Einwegwindeln eingedämmt und so ein Beitrag zur Kindesgesundheit zur Verringerung der Abfallmengen im Land Berlin geleistet wird.</p>	Übernahme

V-10-007	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 06.03.2019)	<p>Neuer Titel: Biologisch abbaubare Einweg- und Mehrwegwindeln für Säuglinge und Kleinkinder zur Schonung der Umwelt durch Verminderung von Plastikmüll</p> <p>Nach Zeile 7 einfügen:</p> <p><u>Kinder sind ein großes Glück. Eltern wollen das Beste für ihre Kinder und entscheiden frei über deren Versorgung. Sie tun dies aufgrund eigener Erfahrungen und Gewohnheit, aufgrund vieler Ratschläge und auch aufgrund von Werbung.</u></p> <p><u>Da wir uns dafür einsetzen, die Plastikflut einzudämmen, ist es uns ein Anliegen, Eltern, Hebammen, Geburtshäuser und Krankenhäuser für den Einsatz von biologisch abbaubaren Einweg- und Mehrwegwindeln zu sensibilisieren. Wir halten dies für einen guten Beitrag zur Verringerung der Kunststoffabfallmengen im Land Berlin.</u></p> <p><u>Hierzu bitten wir unsere Abgeordnetenhausfraktion zu prüfen, inwieweit durch Informationsmaterial und/oder ein -kampagne der Ausbau und die Unterstützung der Beratung von Hebammen und Kitas gelingen kann. Geprüft werden sollte auch, wie eine Förderung des Umstiegs auf ökologische Windelvarianten aussehen und organisiert werden kann.</u></p>	Übernahme
V-10-014	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 06.03.2019)	<p>Von Zeile 14 bis 18 löschen:</p> <p>Die Förderung soll so angelegt sein, dass die Eltern einen Anreiz erhalten, sich die erforderliche Anzahl von Stoffwindeln und Windelhöschen zuzulegen, die man unter dem Gesichtspunkt der Reinigung und Wiederverwendung dieser Stoffwindeln für ein Kind benötigt. Die Reinigung kann durch die Eltern selbst oder durch einen Windelreinigungsservice erfolgen.</p>	Übernahme

V-10-014-2	Georg Kössler (KV Neukölln)	<p>Von Zeile 14 bis 18:</p> <p>Die Förderung soll so angelegt sein, dass die Eltern einen Anreiz erhalten, sich die erforderliche Anzahl von Stoffwindeln und Windelhöschen zuzulegen, die man unter dem Gesichtspunkt der Reinigung und Wiederverwendung dieser Stoffwindeln für ein Kind benötigt. Die Reinigung kann durch die Eltern selbst oder durch einen Windelreinigungsservice erfolgen.</p> <p><u>Der in Erarbeitung befindliche "Aktionsplan Zero Waste" des Landes Berlin soll auch eine Maßnahme zur Reduzierung des durch Einwegwindeln entstehenden Müllberges beinhalten. Dabei ist eine Förderung von Startups und Initiativen mit Mehrweglösungen, Kompost- oder sonstigen ökologischen Windealternativen durch das Land oder die Bezirke wünschenswert.</u></p>	Übernahme
V-10-019	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 06.03.2019)	<p>In Zeile 19 löschen:</p> <p>Die Förderung sollte in der ersten Stufe konkret wie folgt realisiert werden.</p>	Übernahme
V-10-020	AG Kinder, Jugend und Familie (beschlossen am: 06.03.2019)	<p>Von Zeile 20 bis 29 löschen:</p> <p>Die finanzielle Unterstützung der Eltern für die Anschaffung von Stoffwindeln und Windelhöschen in Höhe von 150 EURO (nach Vorlage der Rechnung/en); Ein Beratungszuschuss von 20 EURO (nach Vorlage der Rechnung/en); Ausbau und Unterstützung der Beratung von Hebammen, Kitas und Krankenhäusern, um auch hier die umweltfreundliche Alternative ins Bewusstsein zu rücken. Die Förderung der Nutzung eines Stoffwindelreinigungsservices mit jährlich 100 EURO (nach Vorlage der Rechnung/en); Die Werbung für die Verwendung von Stoffwindeln in den öffentlich zugänglichen Medien. Die Werbung für die Reinigung der Stoffwindeln, ggf. durch einen Stoffwindelreinigungsservice.</p>	Übernahme